

FRANKREICH

13.10.AZ

Der französische Bauernkrieg

Unruhen in einem dutzend französischer Departements...Bauern legen Verkehr lahm... um höheren Lebensstandard.

De Gaulle ist der Meinung, daß viele der kleinen Bauernhöfe verschwinden müssen.Und das obwohl jährlich ohnedies rund 125 000 Bauern ihre Gehöfte verlassen - etwa alle 2 1/2 Minuten einer - um in die Industrie zu gehen wo man heute mindestens um die Hälfte mehr verdient, als auf dem Land. Allerdings können die jungen Bauern nicht immer sicher sein, daß sie auch in der Industrie die rechte Arbeit finden....

28.10.AZ

Arbeiterunruhen in Frankreich - wegen niedriger Löhne - 16 Verletzte in Le Mans.

Mehrere tausend Arbeiter hatten trotz eines Demonstrationsverbots einen Marsch zu den Staatlichen Renault-Werken versucht, die von der Polizei durch Stacheldrahthindernisse abgeschirmt waren.

Protestkundgebung von 5 000 unzufriedenen Bergleuten, Fabrikarbeitern, Bauern in der ostfranzösischen Stadt Mülhausen(Mulhouse).

Solidarität 465/Nov67

Drei Millionen jugendliche zwischen 15 und 24 aber 35% der Burschen und 45% der Mädchen haben keinen Beruf erlernt. Von den jungen Männern die zum Militär einberufen werden, haben 76% nur die Volksschule besucht

Im Vorjahr meldeten sich in der Bretagne 12 000 zum technischen Unterricht aber nur für knapp 5 000 war Platz.

In der Nähe der Textilfabriken von Roubaix Tourcoing in Nordfrankreich: die Burschen und Mädchen die in die Autobusse klettern, sehen

müde und unausgeschlafen aus. Keine Koketterie keine Gedanken an Amour. Nur träge Müdigkeit kaum ein Lächeln. Die Fahrzeit eingerechnet arbeiten sie täglich 15 Stunden.

13.12.67AZ

Wegen Kälte verkürzeter Streik:

Die beiden grössten Gewerkschaften Frankreichs, die für heute Mittwoch einen allgemeinen Streik ausriefen, haben mit den vor Kälte zitternden französischen Ausfrauen erbarmen. Sie haben die Streikdauer auf ein viertel vermindert.

Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt in fast allen Teilen des Landes mußten die französischen Haushalte vorerst damit rechnen, bis zu acht Stunden ohne Gas und Licht zu sein. Nunmehr haben die Gewerkschaften die Einstellung der Gas und Stromzufuhr für den Hausgebrauch auf ein Maximum von 2 Stunden am Morgen reduziert. Die Gewerkschaften erklärten, sie hätten die Streikorder wegen ihrer Sorge um das Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung und angesichts der derzeitigen Wetterverhältnisse geändert.

24.12.67AZ

Zusammenschluß schafft neuen Stahlkonzern:

Die Konzentrationsbewegung in der französischen Stahlindustrie hat zu einem neuen grossen Zusammenschluß geführt. Die hauptsächlich in Lothringen arbeitenden Gesellschaften "De Wendel", "L Union ~~de~~ Siderurgique Lorraine (Sidelor)" und "La Societe Mosellan de Siderurgie" beschlossen Freitag, ihre Stahlproduktion in einem einzigen Unternehmen mit dem Namen "Wendel-Sidelor" zusammenzulegen. Die drei Gesellschaften erreichten 1967 zusammen eine Stahlproduktion von 7,8 Millionen Tonnen.

Die neue Gruppe steht damit der Grössenordnung nach hinter dem deutschen Konzern Thyssen-Oberhausen (12 Millionen Tonnen) der deutsch-niederländischen Gruppe Hösch-Hörder - Hüttenunion-Hoogovens (10 Millionen Tonnen) und der italienischen

Einsidergruppe (8 Millionen Tonnen) in Europa an vierter Stelle.

16.1.68AZ

JUGEND ARBEITSLOS:

Die Jugendarbeitslosigkeit ist zum wichtigsten Problem der franz. Sozialpolitik geworden. Rund 100.000 junge Franzosen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren suchen derzeit Arbeit. Die Statistik weist mehr als 40.000 Stellungs-suchende auf.

Im Jahre 1971 wird Frankreich 21 Millionen Jugendliche unter 21 Jahren zählen, das sind fast 40% der gesamten Bevölkerung und ein bisher nicht bekanntes Rekordverhältnis.

10.5.68AZ

STUDENTEN:

Erstmalig ist General De Gaulle Donnerstag vor den Studenten und Professoren zurückgewichen. Nach 6 Tagen Demonstrationen und Strassenkämpfen wurde den Forderungen teilweise nachgegeben: die Sorbonne wurde wieder geöffnet, einige verhaftete Studenten wurden freigelassen, einige Verfahren werden niedergeschlagen, andere sollen nicht vor Schnellgerichten, sondern in ordentlichen Verfahren abgewickelt werden.

12.5.AZ

STUDENTENAUFRIHR IN PARIS:

Die Führer der Studenten hatten versucht, Samstag nach Mitternacht die rund 25.000 Demonstranten im Zaum zu halten. Während die Studentenführer mit den Behörden verhandelten, begannen die Polizeitruppen aber mit einem plötzlichen Angriff auf die ungefähr 60 Barrikaden, die in den Abendstunden von den Studenten und Mittelschülern errichtet worden waren. Unerwarteterweise wehrten sich die Demonstranten mit unerhöhrter Heftigkeit, so daß die Kämpfe bis zum Morgengrauen dauerten.

.....367 Personen verletzt wurden, nämlich 102 Studenten, 14 Nichtstudenten und 251 Polizisten.60 Autos verbrannt und völlig zerstört, weitere 128 wurden beschädigt.

Der Pariser Stadtteil Saint-Germain-des Pres und die Umgebung der Sorbonneuniversität boten Samstag ein Bild der Verüstung. Ein riediges Polizeiaufgebot bemühte sich Samstag, das aufgerissene Strassenpflaster in Ordnung zu bringen und die Barrikaden zu entfernen.

14.5.AZ

STUDENTEN:

Dabei waren die Parteien sich anfangs gar nicht bewußt, welche Auswirkungen die Studentenbewegung haben werde. Sie schlossen sich vielfach der Meinung sowjetischer Zeitungen an, daß prochinesische Extremisten unter den Studentennur die Vietnamgespräche stören wollten. ...Polizei und Mobilgendarmerie warfen viele Hunderte von Gasgranaten von 4 verschiedenen Arten. Bei den Granaten die aus Säckchen bestehen, und von eigenen Werfern in Taschen vor der Brust getragen werden handelt es sich um gewöhnliches Tränengas, das intensiven Nitrogeruch verbreitet, um Phosphorverbindungen und um Chlogasmischungen die eine erstickende Wirkung haben. Da alle diese Granaten beim aufschlagen zum brennen beginnen, dürften sie das Ausbrennen vieler Auros und Kioske verursacht haben. Die Polizei ließ ihren Zorn vielfach an einzelnen Studenten aus und prügelte sie noch, wenn sie mit über dem Kopf gefalteten Händen abgeführt wurden. 468 wurden in jener Nacht verhaftet.

Im Laufe des Samstag beschlossen alle 4 grossen Gewerkschaften (sozialistischen katholischen, kommunistischen) für Montag einen 24 stündigen Generalstreik. Es gab Montag keine Post, kaum Telefon; der Eisenbahn und Flugverkehr sind gestört, Wasser- und Gasdruck sind verringert, die Banken und viele Geschäfte haben geschlossen und in der Stadt Paris sind Metroverkehr und Autobusverkehr auf ein Minimum beschränkt. Zeit ngen werden nicht erscheinen.

18.5.AZ

STREIK:

Die Welle von Arbeits- und Studentenunruhen

erreichte Freitag einen neuen Höhepunkt. Die Universitäten des Landes befanden ~~in~~ sich in der Hand rebellierender Studenten. Mehr als 100.000 unzufriedene Arbeiter traten an vielen Orten in den Ausstand und besetzten die gigantischen Werkshallen der staatlichen Automobilfabrik Renault bei Paris und das Flugzeugwerk Sud-Aviation in Nantes.

19.5.AZ

STREIKLAWINE:

Angesichts der wilden Streiks, die sich lawinenartig ausbreiten und der revolutionären Betriebsbesetzungen in ganz Frankreich sowie der Lahmlegung der meisten Verkehrswege... ..die Zahl der Streikenden wird auf mehr als 500.000 geschätzt.

In einem Großteil des Landes kam der Eisenbahnverkehr zum Erliegen, sämtliche Flüge der Air-France, sowie der Untergrundbahn- und Autobusverkehr in Paris wurden eingestellt und auch die Post- und Telegraphenarbeiter traten in den Streik. Über immer mehr Fabriken weht die Rote Fahne.

Das Verhalten der kommunistischen Partei und des von ihr kontrollierten stärksten Gewerkschaft CGT, ist auffällig. Die kommunistischen Führer widersetzten sich so lange wie möglich den Streiks und Betriebsbesetzungen, die zum Großteil von jungen radikalisierten Gewerkschaftern herbeigeführt werden. KPF und CGT erklären sich auch bis jetzt ausdrücklich gegen einen Generalstreik und begrenzen ihre Forderungen auf Lokale und wirtschaftliche Probleme. Verurteilt werden von der Gewerkschaftsführung auch die unbegrenzte Streik und die Festhaltung von Fabriksdirektoren durch die streikenden Arbeitnehmer.

Man hat jedoch immer mehr den Eindruck, daß die CGT über die gegenwärtige Streikbewegung jegliche Kontrolle verloren hat. Ebenso warnt die kommunistische Parteiführung vor trotzkistischen, anarchistischen und maoistischen Strömungen in der Studentenschaft und a

auch in einem Teil der Arbeiterschaft.

Auf diese Weise präsentiert sich die Führung der KPF und CGT mehr denn je als salonfähig in Rahmen einer Koalitionsregierung. Stärker als die KPF fördert die sozialdemokratische Linksföderation den Rücktritt der Regierung Pompidou und das Recht für Mitterrand auf eine Ansprache im Fernsehen.

20.5. Presse

STREIK

Regierungskreise befürchten eine weitere Zuspitzung der Lage, obwohl 2 der wichtigsten Gewerkschaften, darunter die größte, CGT, sowohl die Streik- als auch die Studentenbewegung zu bremsen versuchen. Ihre größte Sorge ist es, daß den Gewerkschaften die Streikwelle aus den Händen gleitet. Die wichtigen Gewerkschaften lehnen auch eine Zusammenarbeit mit den Studenten ab und beschränken sich lediglich auf den Austausch von Solidaritätskundgebungen.

21.5. AZ

STREIK

Zehn Jahre nach dem Machtantritt De Gaulles bedrohen jetzt soziale Unruhen den Bestand der 5. Republik. Schätzungsweise 5 - 6 Millionen Arbeiter streikten Montag und legten das wirtschaftlich und öffentliche Leben lahm. Lebensmittelläden und Tankstellen wurden leergekauft. Vor den Bankschaltern bildeten sich lange Schlangen. Der frühere Regierungschef Mendes France (parteiloser Sozialist) hat in ungewöhnlich offener und scharfer Form den Rücktritt Pompidous gefordert. Der Generalsekretär der KPF Waldeck Rochet, erklärte es sei Zeit für die Bildung einer demokratischen Volksregierung.

Um die Streikwelle nicht in einen allgemeinen Arbeiteraufstand ausarten zu lassen gaben die Gewerkschaften über ihre örtlichen Leitungen überall strenge Weisungen zu diszipliniertem Verhalten der Streikenden, insbesondere bei den Fabrikbesetzungen. In allen Instruktionen betonen die Gewerkschaftszentralen, daß der gewerkschaftliche Charakter

der Aktionen erhalten bleiben und die von den Arbeitern geforderten sozialen Verbesserungen im Mittelpunkt des gegenwärtigen Kampfes stehen müßten. Auch warnten sie vor Provokateuren aus unkontrollierbaren Gruppen.

(PAUL BLAU)

Aber die breite Masse der Arbeiter und Angestellten die noch dazu von ihrer politischen und gewerkschaftlichen Führung beschwichtigt worden waren, hätten sich ihnen nicht angeschlossen, sie hätten jetzt nicht die Initiative an sich gerissen, wenn sie nicht auch zu den Leidtragenden der gaullistischen Herrschaft gehörten.

Sie haben in den letzten Jahren zum Teil eine Verringerung ihres Realeinkommens hinnehmen müssen, die Sozialversicherung wurde in entscheidenden Punkten verschlechtert.

...Allerdings würden die Kommunisten - darüber läßt ihr Verhalten keinen Zweifel - als Preis ihre Teilnahme an der Regierung vordern, und die Liberalen und Sozialisten würden auch bereit sein diesen Preis zu zahlen. Sie fürchteten sich nicht mehr vor der kommunistischen Partei Frankreichs, einer verhältnismäßig gemäßigten Partei. Die Kommunisten haben De Gaulle nicht nur in seiner Außenpolitik unterstützt, sondern sie haben mit Hilfe des von ihnen kontrollierten CGT den Unmut der Arbeiter und Angestellten oft genug in Schranken gehalten, selbst dann wenn die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftszentralen zum Kampf aufriefen. Bestenfalls haben sie sich zögern angeschlossen, ebenso wie sie dies jetzt getan haben, nachdem sie noch Wochen vorher die Studenten als kopflose, bürgerliche Revoluzzer beschimpften.

22.5.AZ

STREIK:

Die Krise in Frankreich trieb Dienstag auf eine Entscheidung zu. Wenige Stunden bevor die Nationalversammlung die Debatte über den

Mißtrauensantrag der Linksoption gegen die Regierung Pompidou aufnahm, beschloß das Kabinett in einer nur halbstündigen Sitzung eine Amnestie für alle im Zusammenhang mit den Unruhen verhafteten Studenten.

Nach gewerkschaftlichen Schätzungen befinden sich nun mehr als 8 Millionen Beschäftigte im Ausstand.

Inzwischen kündigten auch die Pariser Taxifahrer einen unbefristeten Ausstand an.

25.5.68 AZ

STREIK STRASSENSCHLACHT

Wenige Stunden vor der mit grosser Spannung erwarteten Ansprache De Gaulles gab das Büro des Ministerpräsidenten Pompidou bekannt, daß er die Führer der Gewerkschaften und Vertreter der Industrie für Samstagmittag zu einer "sozialpolitischen Gipfelkonferenz" eingeladen habe...nahmen an...

Rund 180 Verletzte hat die heftige Straßenschlacht im Studentenviertel gefordert, die sich von Donnerstag bis in die frühen Morgenstunden des Freitags - bereits die 2. Nacht hintereinander - abspielte.

Die Polizisten hatten in ihren Reihen 78 Verletzte zu beklagen. Sechs von ihnen mußten im Krankenhaus bleiben. Von 97 verletzten Demonstranten sind 12 schwer verwundet.

26.5. AZ

VERSAMMLUNGSFREIHEIT AUFGEHOBE:

Angesichts der auch nach der Fernsehrede De Gaulles weitergehenden Unruhen, die jetzt bereits 2 Menschenleben gefordert haben, hat Pompidou harte Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes angekündigt, die praktisch eine Aufhebung des Rechtes auf Versammlungsfreiheit bedeuten.

Ministerpräsident Pompidou bezeichnete die Demonstrationen in der Nacht ~~am~~ Freitag auf Samstag als einen offenkundigen Versuch, den Beginn eines Bürgerkrieges auszulösen. Die Polizei, sagte er, habe Befehl erhalten, alle Menschenansammlungen im Keim zu unterdrücken.

Die Polizeilichen Maßnahmen wurden mit größter Energie und ohne jede Schwäche und Verzögerung getroffen.

28.5.68 AZ

DIE ARBEITERWÜNSCHE ERFÜLLT - DIE GRO:BETRIEBE STREIKEN WEITER:

In insgesamt 27 Stunden dauernden Verhandlungen zwischen der Regierung Pompidou, den Gewerkschaften und den Unternehmern ist Montag in Paris eine Einigung erzielt worden, bei der die Forderungen der Arbeiter weitgehend erfüllt wurden. Trotzdem haben sich die streikenden Arbeiter der Renault-Autowerke in Billancourt, der Citroen-Autowerke in Javel, der Berliet-Lastautowerke und der Rhodiaceta-Kunstfaserwerke in Lyon, der Sud-Aviation Flugzeugwerke in Nantes und der Snecma-Flugmotorenwerke in Paris für eine Fortsetzung des Streikes ausgesprochen. Die Betriebsversammlungen quittierten die Vorschläge der Regierung und der Gewerkschaften mit Pfui-Rufen. Sie betrachten die Versprechungen als unzureichend. Ausgepfiffen wurde insbesondere der Chef der größten Gewerkschaft, der kommunistischen CGT, Seguy, von mehreren tausend Renault- Arbeitern, als er über seine Vereinbarungen mit dem Ministerpräsidenten Pompidou berichtete. Die französische Regierung hat Montag unter dem Vorsitz De Gaulles getagt und die sozialpolitischen Vereinbarungen gebilligt.

Das französische Inneministerium behauptet in einem Kommuniqué, daß die Extremisten Waffenlager angelegt hätten und bei den geplanten Kundgebungen davon gebrauch machen wollen.

"VERHANDLUNGSERGEBNISSE":

Eine Erhöhung der Mindestlöhne von 2,20 Francs auf 3 Francs (11,50 auf 15,50 S) mit Wirkung vom 1m Juni. Die Erhöhung bedeutet ein ansteigen der Mindestlöhne um 35 %. Hiervon ist jedoch nur ein geringer Teil der französischen Arbeiter betroffen. Die meisten haben ohnedies höhere Löhne.

Die Regierung wird in der Nationalversammlung eine Gesetzesvorlage zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden einbringen. Die Arbeitszeitverkürzung soll über einen Zeitraum von mehreren Jahren Schritt für Schritt vorgenommen werden. Lohnvermindierungen sollen damit nicht verbunden sein.

Die Arbeitgeber erklärten sich einverstanden, die Herabsetzung des Pensionsalters für die französischen Arbeiter von 65 auf 60 Jahre ins Auge zu fassen.

Die Regierung stimmte zu, vom 1. Oktober an die Renten zu erhöhen.

Ein Entwurf wurde vereinbart, der die Mitbestimmung der französischen Arbeitnehmer in der Wirtschaft sicherstellen soll.

Die Regierung sagte zu, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die freie Entfaltung der Gewerkschaften in der Industrie garantiert.

Die Regierung stimmte zu, das Steuersystem zu reformieren. Eine entsprechende Gesetzesvorlage soll im Herbst vorgelegt werden.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber einigten sich darauf, vom 1. Oktober an zusammenzutreffen, um Pläne zur Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit auszuarbeiten,

Die Regierung erklärte sich nach den Worten Pompidous damit einverstanden, daß die Krankenkassen den Krankenkostensatz von 70 auf 75 % erhöhen. Noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode soll die Nationalversammlung eine allgemeine Debatte über die Sozialpolitik der Regierung aufnehmen. Vom Lohnentgang während des Streiks sollen 50 % bezahlt werden und der Rest soll durch Überstundenarbeit hereingebracht werden.

Die allgemeine Erhöhung des ~~Könn~~ Lohn- und Gehaltsniveaus um 10 % wird nach Voraussage der Wirtschaftsfachleute zu einer Erhöhung der Preise in Frankreich um 15 % führen.

29.5. AZ

DIE STREIKWELLE DAUERT NOCH AN:

Die Streiklage ist weiterhin unverändert. Während in einigen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde, kam es in anderen zu neuen Ausständen, weil viele Arbeiter mit der vereinbarten Sozialreform nicht zufrieden sind.

An verschiedenen Grenzübergängen legten die Zöllner die Arbeit nieder. Hunderte Lastwagen stand unabgefertigt vor den Schlaghäusern der französischen Grenze.

31.5. AZ

DE GAULLE LÖST DAS PARLAMENT AUF:

De Gaulle hat in einer Rundfunkrede an die Nation die Nationalversammlung aufgelöst, die Abhaltung von Neuwahlen verkündet und die für den 16. Juni angesetzte Volksabstimmung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Von den 60.000 französischen Soldaten, die in der deutschen Bundesrepublik stationiert sind, werden gegenwärtig rund 30.000 nach Frankreich verlegt.

1.6.68 AZ

PANZER KANONEN ROLLEN NACH PARIS:

Bei den Truppeneinheiten, die nach Ansicht von Beobachtern zusammengezogen wurden, um im Notfall rasch in Bürgerkriegsähnliche Kämpfe eingreifen zu können, handelt es sich nach offizieller Darstellung um 2 Panzerbrigaden und eine Marineartilleriebrigade..

Der Gewerkschaftsverband CGT versicherte De Gaulle, er werde die bevorstehenden allgemeinen Wahlen in keiner Weise behindern. Der Gewerkschaftssekretär Seguy erklärte, er sei bereit, mit der Regierung über eine Beendigung des Streiks zu verhandeln. Hingegen hat das Streikkomitee in den Renault-Werken bekanntgegeben, die Arbeiter würden die Streikbewegung intensivieren.

2.6. AZ

PANERRING UM PARIS:

An der Streikfront zeichnete sich Samstag eine weitere Entspannung ab. Angesichts des

Ringes französischer Panzereinheiten, die Paris umschlossen halten, um im Falle von Schwierigkeiten einzugreifen, haben die Parteien und die grossen Gewerkschaften, das Schwergewicht ihres Kampfes auf die politische Ebene verlagert. Sie rüsteten sich bereits für die Parlamentswahl am 23. Juni, in der sie die Gaullisten zu schlagen hoffen.

Bei den Verhandlungen zwischen Verkehrsminister Chamant und dem streikenden Personal der Pariser Metro und der Aurobusse wurde ein Abkommen erzielt, das eine 12 % Lohnerhöhung und weitere Vergünstigungen vorsieht. Wenn das Personal dem Abkommen zustimmt, könnten die öffentlichen Verkehrsmittel heute Sonntag wieder ihren Betrieb aufnehmen.

Dagegen war in den Hochburgen des Massenstreiks, den Renault- und Citroen Werken, noch kein Ende des Streiks abzusehen.

Die KP und die Föderation der Demokratischen Linken unter Mitterand werden, wie in Paris bekannt wurde, für den ersten Wahlgang zur Nationalversammlung am 23. Juni separate Kandidatenlisten aufstellen. Erst im 2. Durchgang am 30. Juni wollen die beiden Linksparteien jeweils einen Kandidaten mit der niedrigeren Stimmenzahl zugunsten des Vertreters der anderen Partei zurückziehen.

5.6.AZ

KOMMUNISTEN BREMSEN STREIK:

Die Streikbewegung in Frankreich dürfte ihren Höhepunkt überschritten haben. Nun ist es Zeit auf die Bewegung zurückzublicken, die mehr ein spontaner Vulkanausbruch als ein organisierter Arbeitskampf war und viele Gewerkschaften fast ebenso überraschte wie die Regierung.

Die treibende Rolle in der Streikbewegung spielten jedoch nicht die Gewerkschaften, sondern die unorganisierten. Sie stehen teilweise unter anarchistischem und syndikalistischem Einfluß und drängten auf die Bildung von Streikausschüssen und Arbeiterräten, unabhängig von der "Gewerkschaftsbürokratie".

Spontan wurden Forderungen gestellt und Mittel angewendet, die über blosse Reformen hinausgehen und revolutionäre Folgen haben:

Betriebsbesetzungen. Tausende von Fabriken, darunter 250 Großbetriebe, wurden von den Streikenden besetzt. Die Arbeiter blieben Tag und Nacht an den Arbeitsstätten, die Werke wurden in Festungen verwandelt. Von den Schloten wehten rote Fahnen.

Enteignung. Ausgehend von der Betriebsbesetzung verlangte ein Teil der Gewerkschaften direkte Enteignung (nicht Nationalisierung); nicht nur Mitbestimmung, sondern Selbstverwaltung. So forderten die christlichen Gewerkschaften in Donges die Selbstverwaltung der Antares-Ölraffinerie.

Verhaftung von Fabrikdirektoren. In zahlreichen Betrieben wurden die Fabrikdirektoren von den Streikenden in den Büros festgehalten.

Diese revolutionären "Auswüchse" wurden von den Gewerkschaftsführungen, insbesondere von der CGT abgelehnt. Man will sich ausdrücklich auf friedliche Reformen beschränken.

Die Gewerkschaften bemühten sich, die gegenwärtige Bewegung auf 4 zentrale Forderungen zu beschränken:

- 1) Lohnerhöhung und neue Kollektivverträge.
- 2) Verringerung der Arbeitszeit ohne Herabsetzung der Löhne, wirksame Maßnahmen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit.
- 3) Volle Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht.
- 4) Sofortige Abschaffung der Notverordnung gegen die Sozialversicherung.

STREIK GEHT WEITER:

Die Streikfront bröckelt bei weitem nicht so rasch ab, wie noch vor wenigen Tagen erwartet wurde: Die französische Wirtschaft bleibt weiter zu grossen Teilen gelähmt. Man schätzt daß von 10 Millionen Streikenden bisher nur etwa eine Million die Arbeit wieder aufgenommen hat.

...die Pariser Taxifahrer wählten erst Freitag abstimmen, ob sie ihre Arbeit wiederaufnehmen, und die 22.000 Arbeiter der staatlichen Renault-Werke haben einmütig beschlossen, den Streik fortzusetzen. Auch in anderen Betrieben, so bei der Fluggesellschaft Air France und Reifenwerk Michelin, sprachen sich die Arbeitnehmer für die Fortsetzung des Ausstandes aus.

Anlaß zu Hoffnung auf Wiederherstellung des normalen Eisenbahnverkehrs war eine nach nächtlichen Verhandlungen zwischen Verkehrsminister Chamant und Vertretern der 330.000 streikenden Eisenbahnarbeitern erzielte Einigung, die noch im Laufe des Dienstags den Gewerkschaftmitgliedern vorgelegt wurde. Die Regierung als Arbeitsgeber garantiert den Arbeitern eine Lohnerhöhung von mindestens 10,2 %, die schlechter entlohnnten Arbeiter erhalten bis zu 16 % mehr. Die Arbeitswoche wird von 46 auf 44 1/2 Stunden verkürzt. Außerdem werden andere Sozialleistungen zugestanden. De Gaulle soll der Beendigung des Eisenbahnerstreiks besondere Bedeutung zuschreiben, weil er darin die Vorbedingung für eine allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit sieht.

6.6.68 AZ

8,5 MILLIONEN STREIKE WEITER:

Auch Mittwoch war die Streikfront im wesentlichen ungebrochen. Von den 10 Millionen, die zu Beginn mitgemacht hatten, befinden sich noch 8,5 Millionen Arbeiter und Angestellte im Ausstand.

7.6. AZ

FRANKREICHES ZÜGE FAHREN WIEDER:

Nach 19 Tagen Streik beginnt sich das Leben allmählich wieder zu normalisieren. Donnerstag verkehrten zum erstenmal seit Streikbeginn wieder Züge.

Die Eisenbahner nahmen die Arbeit auf, nachdem sie von der Regierung beachtliche Zugeständnisse erwirkt hatten. Auch das Personal der Pariser Metro und der Autobusse arbeitet wieder. Die Postler sind ebenfalls wieder zur Arbeit zurückgekehrt, doch wird es mehrere Tage dauern,

bis die Rückstände der letzten Zeit aufgeholt sind. Der Flugverkehr soll Freitag wiederaufgenommen werden, nachdem in Orly die Mehrheit des Bodenpersonals für die Beendigung des Ausstandes gestimmt hatte. In allen Fällen haben sich die Gewerkschaften mit den Verhandlungsergebnissen einverstanden erklärt und ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme aufgerufen.

Weitergestreikt wird nach wie vor in grossen Teilen der Metall-, Flugzeug- und Autoindustrie, bei den Pariser Taxifahrern und beim Fernsehen, wo nur dreimal am Tag Nachrichten gesendet werden.

In ein Renaultwerk, das in Fläns, nordwestlich von Paris liegt, drang Donnerstag vormittag die Polizei ein und ging gegen die Streikposten vor. In Fläns hatten sich die Arbeiter nicht an den Mehrheitsbeschluss gehalten und trotz einer negativen Urabstimmung im Betrieb weitergestreikt. Im Hauptbetrieb der Renaultwerke in Paris stehen die Maschinen nach wie vor still.

8.6.68 AZ

KAMPF UM RENAULT WERK ZWÖLF SCHWERVERLETZTE:

Zu neuen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und Mobilgarden kam es Freitag einige Stunden vor der neuerlichen Radio- und Fernsehrede De Gaulles, vor den Renault-Werken in Fläns, westlich von Paris. Die Zweigstelle der Autofabrik war am Vortag durch Polizei besetzt worden. Die Streikenden versuchten, mit Hilfe einiger tausender Studenten, den Betrieb zurückzuerobern. Angehörige der Mobilgarde schleuderten wieder Tränengasgranaten und Handgranaten nicht nur auf die Demonstranten, sondern auch in Privatwohnungen, wodurch unbeteiligte Personen verletzt wurden. Arbeiter und Studenten warfen Eisenstücke und Steine gegen die Polizeitruppen. Zwölf Streikende wurden schwer verletzt.

Frankreich Wirtschaftsleben beginnt sich nur ganz langsam zu normalisieren. Der Streik wird in vielen Betrieben der Metallindustrie

in den Automobil- und Flugzeugwerken und anderen Industriezweigen fortgesetzt. Da ein Rad ins andere greift, kann Frankreich nicht von einem Tag zum anderen wieder in Bewegung gesetzt werden.

11.6.68 AZ

EIN BÜNDNIS DE GAULLES MIT DER OAS?

Seit der sensationellen Rückkehr des rechtsradikalen Politikers Georges Bidault nach Frankreich verstärkt sich die Auffassung, daß General De Gaulle bei seinem kommenden Machtkampf ein Abkommen mit den faschistischen Kräften im Lande gegen die Linke geschlossen hat. Bidault, einst Ministerpräsident und "politischer Arm" der OAS, lebte sein 1962 im Exil. Der Haftbefehl, der wegen politischer Verschwörung gegen ihn läuft, wurde jetzt aufgehoben.

Die Streikbewegung ist indessen weiter abgeklungen. Französische Beobachter erwarten nach der unbehelligten Rückkehr Bidaults auch eine Begnadigung des eingekerkerten Generals Salan und eine Rückkehr des einstigen algerischen Gouverneurs Soustelle aus seinem Exil.

Die Streikbewegung ist indessen weiter abgeklungen, Rund eine Million Menschen, unter ihnen die Arbeiter grosser Metallbetriebe und der Renault werke, die Lehrer und die Angestellten des Rundfunks und des Fernsehens, sind aber immer noch im Ausstand. Die Sorbonne-Studenten haben am Montag den Fernsehjournalisten, die für ein unzensuriertes Fernsehprogramm kämpfen, mit einer Demonstration beim Funkhaus ihre Solidarität ausgedrückt.

12.6.68AZ

2 TOTE BEI UNRUHEN - WIEDER STRASSENSCHLACHT IN PARIS:

Student ertrank in der Seine - Peugeot-Arbeiter erschossen.

13.6.68 AZ

REGIERUNG VERFÜGT TOTALES DEMONSTRATIONSVERBOT:

Die Regierung untersagt für die Dauer des Wahlkampfes - also bis zum 30. Juni - von sofort an alle Demonstrationen.

Die blutigen Zusammenstöße zwischen der Polizei und den streikenden Arbeitern im Peugeot Werk in Sochaux im Süd Elsaß haben ein zweites Todesopfer gefordert.

Auf Vorschlag des französischen Innenministers Marcellin löste der Ministerrat eine Reihe von Organisationen auf, die bei den Demonstrationen in Paris in den letzten Wochen maßgeblich beteiligt waren.

15.6.68 AZ

KONGOSÖLDNER AUS SORBONNE VERTRIEBEN:

Die Pariser Studenten die seit einem Monat die Sorbonne besetzt halten, warfen Freitag früh nach hartem Kampf eine mit Stöcken, Eisenstangen und Fahrradketten, Molotow-Cocktails und einigen Gewehren bewaffnete Gruppe von Männern aus dem Komplex, die sich Katangesen nennen und angeben, überwiegend ehemalige Kongosöldner zu sein.

Zu neuen offenen Kämpfen mit der Polizei kam es in Paris nicht. Lediglich in der Westfranzösischen Stadt Nantes hatten Donnerstag abend etwa 800 Studenten und junge Arbeiter gegen das von der Regierung verhängte Demonstrationsverbot verstossen und der Polizei einen Strassenkampf geliefert.

16.6.68 AZ

SALAN UND ARGOUD FREIGELASSEN:

De Gaulle hat Samstag den ehemaligen General Raoul Salan, Exoberts Antoine Argoud und 9 andere Führer von Verschwörungen begnadigt, die 1961 und 1962 versuchten, ihn zu stürzen oder zu ermorden. Politische Beobachter sehen in dem Schritt De Gaulles einen Versuch die Stimmen der politischen Rechten für sich zu gewinnen.

17.6.68 PRESSE

BEDRÜCKENDE BILANZ IN FRANKREICH:

Frankreichs Wirtschaft zieht in diesen Tagen die Bilanz der tumultösen Ereignisse der letzten Wochen. Die 10 Millionen Streikenden verursachten einen Arbeitsausfall von annähernd

150 Millionen Arbeitstagen. Die Autoindustrie produzierte 140.000 Fahrzeuge weniger. Einen Monat lang lag Frankreichs Export praktisch still. In den Urlaubsgebieten verstrich der ganze Mai, ohne daß das erwartete Geschäft gemacht wurde. Tausende von Wohnungen wurden nicht gebaut und der Einzelhandel erlebte Einbußen von 30 bis 50 %.

Dieser Bilanz sind andere Zahlen anzufügen: Die Löhne steigen in diesem Jahr um durchschnittlich 12 %, im nächsten um 11 %. Die Mindestlöhne erhöhen sich um 36 %. Damit wächst die Lohnsumme in der gesamten Wirtschaft zwischen 15 und 20 Milliarden Franc. Allein der Staat muß für seine Betriebe und für die Beamten rund 2 Milliarden zusätzlich an Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen aufwenden.

Die Arbeitszeit sinkt für die bisher 48 Stunden arbeitenden um 2 Stunden bis zum Jahre 1970. In manche Branchen, wie in der Chemie, erreicht die Arbeitszeitverkürzung auch 4 Stunden, allerdings bei gekürzten Löhnen.

18.6. AZ

RENAULT: STREIK ZU ENDE

Die Mehrheit der Renault-Arbeiter entschied sich gestern Montag für die Beendigung des mehr als 4 Wochen dauernden Streiks. Nach langen und harten Verhandlungen wurden folgende Forderungen durchgesetzt: erstens 12 bis 14 % Lohn-erhöhung; zweitens Verringerung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich; drittens Ausdrückliche Bestätigung der Gewerkschaftsrechte innerhalb der Betriebe; viertens Bezahlung der Streiktage zu 50 %.

Nach Schätzungen befanden sich Montag noch rund 300.000 Arbeiter und Angestellte im Ausstand.

19.6.68 AZ

INDUSTRIE WILL ABWERTUNG:

Grosse Schwierigkeiten erwarten Finanzminister Couve de Murville in den nächsten ein bis zwei Jahren für die Wirtschaft Frankreichs. Als Folge der Krise seien besonders die kleinen Unternehmen bedroht. Die Arbeitslosigkeit

könne steigen, weil die Industrie zur Modernisierung gezwungen ~~mit~~ werde, um die zusätzlichen Lohnkosten wieder einzusparen.

Die Folge einer Abwertung des Franc wären jedoch neue Unruhen, weil die im Streik erzielten Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer auf diese Weise wieder verlorengehen würden.

Am Dienstag befanden sich nach offiziellen Schätzungen noch etwa 150.000 Arbeitnehmer im Ausstand. Betroffen waren davon vor allem der Hafen von Marseille und die Werft von Nantes. Der Streik des staatlichen Ferndehens und Rundfunks wegen der mangelnden Unabhängigkeit gegenüber Regierung und Parteien geht inzwischen schon die 5. Woche weiter.

19.6.68 AZ

STREIK:

Der Streik in den privaten Automobilwerken Peugeot und Citroen dauert noch an. Obwohl auch in einigen Werften die Produktion wieder anlief, schätzte man Dienstag die Zahl der Streikenden in der Metallindustrie auf noch rund 200.000.

20.6. AZ

ROLLE DER KPF - WAHLKAMPF:

Hier liegt der Schlüssel für den weiteren Verlauf der französischen Ereignisse. Die KPF, die in allen Wahlkreisen kandidiert, empfiehlt sich als Partei der Ordnung und versucht zugleich auch aus der revolutionären Stimmung der Arbeiter und Studenten Stimmengewinn zu schlagen, um so mehr, als die Linkskommunistischen Rivalen (Reozkisten und Maoisten) jetzt polizeilich Verboten sind und nicht mehr kandidieren können.

Die meisten "Revolutionäre" lehnen den Urnengang ab. Hinzukommt, daß einige hunderttausend Jungwähler nicht stimmberechtigt sind, weil das Regime eine Neuauflage der Wahllisten ablehnte.

22.6.AZ

WAHLKAMPF - STREIKS HABEN FAST AUFGEHÖRT:

Der Wahlkampf für die morgigen Sonntag beginnenden Parlamentswahlen wird allmählich zur blutigen Wahlschlacht. Nach gaullistischen Angaben nun auch 20 Wahlhelfer zum Teil so schwer verletzt worden, daß sie in Krankenhäuser gebracht werden mußten. Bisher waren vor allem linksstehende Aktivisten attackiert worden.

Die Streikwelle in Frankreich ist fast ver-
ebbt. Mehr als 40.000 Arbeiter waren Freitag wieder in den Berliet-Lastwagenfabriken in Lyon und im Peugeot-Autowerk in Sochaux tätig. Nachdem auch eine kurzzeitige Arbeitunterbrechung in den staatlichen Renault Werken beendet worden ist, werden jetzt in der Autoindustrie nur noch Citroen und die Lastwagenwerke Savien in Suresnes bei Paris bestreikt.

Im Ausstand befinden sich auch noch die Belegschaften mehrerer Elektronikwerke. Die Gesamtzahl der Streikenden wird nur noch auf rund 85.000 geschätzt.

23.6.68 AZ

NEUE KRISE IM HERBST:

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Guy Mollet, sagte in einer Massenversammlung: Genossen ich habe Angst vor dem Bürgerkrieg. Die verschwenderischen Ausgaben für die Atombombe gehen weiter, die Inflation droht, und man kann leicht voraussehen, daß die Bauern auf die Städte marschieren und die Arbeiter wieder auf die Strasse gehen. Das Regime wird dann seine Legionen zu Hilfe rufen. Blitzartig kann Frankreich in ein Blutbad geschleudert werden. Wenn aus diesen Wahlen die gleiche Mehrheit hervorgeht, die wir jetzt haben, werden gleich Ursachen zu gleichen Folgen führen, das aber als Drama.

Am sensationellsten aber wirkt die Rede von Malraux (Kultusminister) der seinerzeit als linksintellektueller an der chinesischen Revolution und am spanischen Bürgerkrieg beteiligt war. Zu den französischen Maiereignissen sagte

er: "Der alte Nihilismus ist plötzlich mit seiner schwarzen Fahne wieder aufgetaucht (Anarchisten). Nicht Reformwünsche erleben wir gegenwärtig, sondern eine der Tiefsten Krisen der Zivilisation. Im Mai ebenso wie zur Zeit der Volksfront und in der russischen Oktoberrevolution handelt es sich nicht nur um Streiks. Die Unruhen stehen im Zusammenhang mit einer Weltrevolution und einer Weltkrise. Ich bezweifle, daß das lange auf Frankreich beschränkt bleibt. Die Jugend schlug eine Brücke zwischen unseren empörten Studenten und den Arbeitern. Am Rande der disziplinierten Aktionen des CGT finden wir in eigenartiger Begeisterung Trozkisten, Maoisten, Castroisten, Nihilisten und das ganze düstere Volk der schwarzen Fahne. Diese Streiks waren jedoch bemerkenswert nicht durch ihre Ausdehnung, sondern durch jedes Fehlen von Haß. Wenn man mehrere Revolutionen mitgemacht hat, täuscht man sich in solchen Sachen nicht. Die Streikenden waren selten bewaffnet. Die Massendemonstrationen führten zu keinem Zusammenprall. Sie gingen aber tiefer als die gestellten Lohnforderungen. Diese Generalprobe eines vorläufig unterbrochenen Dramas zeigte bei den Streikenden, wie bei den Beobachtern das Bewußtsein eines Weltunterganges. In einigen Monaten beginnt eine neue Kraftprobe.

2.7.68 AZ

WAHLSIEG DE GAULLES:

Die neue Sitzverteilung in der Nationalversammlung lautet nach den Ergebnissen des 2. Wahlganges der den Erfolg der Gaullisten im ersten Wahlgang bestätigt hat:

	1967	1968
Gaullisten und Verbündete	242	350
Linksföderation (Soz.)	118	57
Kommunisten	73	34
Zentrum	39	29
Andere	13	15

4.7.68 AZ

STEUERSCHRAUBE IN FRANKREICH:

Die französische Regierung wird in 2 Wochen dem Parlament ein umfangreiches Paket von Steuererhöhungen vorlegen, mit dem die durch den Streik erhöhten Regierungsausgaben gedeckt werden sollen. Die neuen Steuern sollen rund 2,5 Milliarden Franc (15 Milliarden S) einbringen. Die Erhöhung der Löhne und der Sozialleistungen sowie der Exportförderung werden Frankreich 7,5 Milliarden Franc kosten. Diese Mehrkosten sollen zum Teil durch die Steuererhöhungen gedeckt werden. Das Budgetdefizit wird sich dadurch auf 10 Milliarden Franc erhöhen.

6.7. AZ

FERNSEHEN STREIKT WEITER:

Während die Hörfunkangestellten bereits die Arbeit wieder aufgenommen haben, beschlossen die Fernsehjournalisten, ihren vor 6 Wochen begonnenen Streik fortzusetzen. Ihre Hauptforderung ist die objektive Nachrichtengebung im Fernsehen.

11.7. AZ

Couvede Murville betraut; Regierungsumbildung in Frankreich - Rücktritt Pompidou akzeptiert.

23.7.68 AZ

EWG BERÄT ÜBER FRANKREICH

Die Kommission der europäischen Gemeinschaft trat Montag in Brüssel zusammen, um zu entscheiden, ob Frankreich über den am ~~Montag~~ Samstag vom Ministerrat ~~bekanntgegebenen~~ der EWG gebilligten gegenseitigen Beistand noch besonderer Schutzmaßnahmen bedarf.

Die seit 1. Julieingeführten französischen Importkontingentierungen und Exportförderungsmaßnahmen dürften nach Ansicht von Beobachtern wahrscheinlich unter der Bedingung, daß Modifizierungen vorgenommen werden, nachträglich genehmigt werden.

23.7.68 PRESSE

DIE VIER GROSSEN AUFGABEN COUVES

Zunächst geht es um die Erfüllung der Pflicht, die öffentliche Ordnung vollständig und dauerhaft herzustellen - am gleichen Tag wurde am Pariser Bahnhof Saint-Lazare einer der revolutionären Studentenführer samt Ehefrau vereinnahmt. Beide "sitzen". Die Staatsmacht wird nicht mehr fackeln.

Couves zweite These betrifft die Gesundung der Wirtschaft binnen 18 Monaten ohne Inflation und ohne Arbeitslosigkeit. Schon teilen der Handel und die Industrie in entschlossener Katastrophenstimmung mit, wenn ihnen nicht Steuern erlassen würden, dann seien sie 1968 ausserstande, ohne weit über 5,7 % hinausgehende Preissteigerungen die Wirtschaft, den Export, den Absatz im eigenen Land und vor allem die Produktion in Gang zu halten.

...Als parlamentarisches Gremium wird der Senat abgeschafft. Nur die Kammer hat - im Gegensatz zu jetzt, da der Senat ein Einspruchsrecht besitzt - Gesetze zu beschliessen. Damit schafft sich De Gaulle eine lästige Kritikerorganisation vom Hals - im Senat hatten die Gaullisten noch niemals die Mehrheit.

14.8.68 AZ

FRANKREICHS LINKE IM UMBRUCH:

Strategie und Taktik, Pläne und Vorstellungen der französischen Linken schienen bis Mai 1968 klar umrissen. In jahrelanger Debatte und gemeinsamer Aktion war man sich unter den gemeinsamen Bedingungen der Fünften Republik nähergerückt. Das Ende des Regimes war abzusehen, spätestens mit dem verschwinden des Generals. Die Nachfolge schien gewährleistet. Die Linksparteien würden auf legalem Weg, durch einen unzweideutigen Wahlerfolg an die Macht kommen und mit Hilfe der Gewerkschaften die in Aktionsprogrammen ausführlich niedergelegten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen verwirklichen.

Die Mairevolution hat das alles über den Haufen geworfen. Sie kam nicht von den Linksparteien, sondern von Kräften, die man vorher ignoriert oder verkannt hatte, von den Massen

der studierenden und arbeitenden Jugend. Die Apparate der alten Parteien und Gewerkschaften sind erschüttert und gegeneinander von neuem Mißtrauen erfüllt.

Die gegenwärtige Krise der französischen Linken läßt sich in drei Punkten resümieren:

1.) Die KPF gilt nicht mehr als sicherer Partner. Wohl weiß man, daß sie alles tat, um die revolutionären Ereignisse zu verhindern und zu bändigen. Man macht ihr aber den Vorwurf, diese Geschehnisse nicht vorhergesehen zu haben, von ihnen überrumpelt worden zu sein. Als relativ grösste Partei und Gewerkschaft tragen KPF und CGT eine besondere Verantwortung. Man rechnete allgemein damit, daß sie imstande seien, die linksradikalen Kräfte Frankreichs zu kontrollieren. Mai 1968 hat bewiesen, daß dies nicht der Fall ist. Jedes Abkommen mit KPF- und CGT-Spitzen hat damit an Wert verloren. Innerhalb der KPF und CGT verschärft sich die Krise, zum Teil auch infolge der Ereignisse in der CSSR.

2.) In der Linksföderation (FGDS) drängt der rechte Flügel - Radikale mit dem früheren Ministerpräsidenten Felix Gaillard und Rechtssozialisten mit dem früheren Saharaminister Max Lejeune - auf Kündigung aller Vereinbarungen mit der KPF sowie auf Desavouierung und Demission Mitterands als Vorsitzender der Föderation. Zwischen Mollet und Defferre schwelt der Streit über die Frage, die nun in wenigen Wochen entschieden werden muß: Beschleunigter Zusammenschluß und Verschmelzung der drei FGDS-Partner - Sozialisten Radikale und Convention - zu einer wirklich neuen demokratisch-sozialistischen Partei, oder verzicht auf diesen seit einigen Jahren eingeschlagenen Weg und Rückkehr zur früheren Selbständigkeit der einzelnen demokratischen Linksparteien.

3.) Links von KPF und FGDS befinden sich auch die Unabhängigen Sozialisten (PSU) in einer ersten Krise. Die Linkssozialisten verloren ihre gesamte Vertretung im Parlament. Pierre Mendes-

France (PMF) ist schon in den Maitagen aus der PSU ausgetreten. Sein Beschluß wurde aber bis Ende Juli geheimgehalten. Widerstände gegen den angeblich liberal-kapitalistischen orientierten Mendes-France gibt es in der PSU seit langem. Die stürmische Linksentwicklung des früheren radikalen Ministerpräsidenten ist der Ultralinken Jugend noch immer nicht links genug. Immerhin wird PMF von den Studenten geachtet, um so mehr, als er als einziger bekannter Politiker während der Mairevolution in der Nähe der Barrikaden war.

Dennoch schieden sich die Wege schon im Mai. PMF hatte die Bildung einer "provisorischen Regierung" vorgeschlagen, die den zusammenbrechenden Gaullismus liquidieren, die demokratischen Freiheitsrechte wiederherstellen und gemeinsam mit allen Linkskräften einen Ausweg aus der Krise finden sollte. Zu diesem Zweck hatte der frühere Ministerpräsident mit Mitterrand verhandelt, der auch die KPF-Führung auf dem laufenden hielt.

Diese "Kulissengespräche der Apparate" mißfielen der PSU, die eine "provisorische Regierung" nicht als Zwischenspiel zu neuen Parlamentswahlen, sondern als "revolutionären Übergang zum Sozialismus" wollte. Noch weiter gingen die Mairevolutionäre. Sie lehnten jede "provisorische Regierungskombination" ab und forderten klipp und klar "Studenten- und Arbeitermacht". Dies waren und sind keine Wortgefechte mehr. Die Wege auf denen die alte Linke seit Jahren wandelte, sind plötzlich durch den Aufstand der jungen Linken verschüttet. Zwischen Mai und Oktober hat Frankreichs Opposition alle ihre Konzepte neu zu überdenken und neue Wege zu suchen.

17.8.68AZ

PREISERHÖHUNGEN IN FRANKREICH:

Eine Reihe öffentlicher Tarife wird in Frankreich in nächster Zeit erhöht werden. Vom 1. September an ist eine Erhöhung der Strompreise für Haushalte um mehr als 6 % und der Gaspreise

um 1,85 % vorgesehen. Vom 15. Jänner 1969 an werden die Posttarife erhöht.

14.9.68 AZ

DE GAULLES DILEMMA:

Ein Gespenst geht um in Frankreich, das Gespenst einer neuauflage der Mairevolution.

Die neuen "Zusammentötungen" Pariser Studenten werden mit Argwohn betrachtet.

Minister sind untereinander uneinig und legen die Rformprojekte wieder in die Aktenmappen. Zugleich marschieren neuerlich Polizeieinheiten in des Quartier Latin.

Die Ursachen der Mairevolution bestehen fort. Breite Massen der Studierenden und Arbeitenden sind mit Unterstützung eines erheblichen Teiles der öffentlichen Meinung geistig und moralisch im Aufstand gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Diese Jugend entdeckt ihre Kraft. Sie fühlt sich unbesiegt. Das Regime konnte die studierende und arbeitende Jugend bis jetzt weder gewinnen noch niederschlagen. Somit bleibt alles noch unentwickelt.

19.10.68 PRESSE

AGRARPROBLEM DER BOURGEOISIE:

De Gaulle wollte seine Bauern die Ernährung für ganz Europa produzieren lassen. Den dicksten Strich durch diese Rechnung machten die Deutschen, als sie die Europagemeinschaft zwangen, ungewöhnlich hohe Erzeugerpreise für alle 6 Länder festzusetzen. Dadurch wurde die Produktion nicht nur in Frankreich, sondern ebenso in den anderen Partnerländern dermaßen angereizt, daß die EWG heute in ihren Überschüssen zu ersticken droht.

Weder Frankreich noch Europa können diese Agrarpolitik der hohen Preise und unbegrenzten Produktion auf die Dauer bezahlen.

Im Frühjahr soll ein neues Orientierungsgesetz dem Lande eine vernünftige Agrarpolitik geben.

Die Erzeugerpreise sollen nicht mehr nach den am wenigsten Leistungsfähigen bäuerlichen Betrieben orientiert werden. Wie EWG-Kommissar Mansholt seit Jahren predigt, setzt Paris den leistungs- und konkurrenzfähigen Familienbetrieb

als Maß. Es soll keine Agrarpolitik mit Subventionen für alle geben. Vielmehr werden nur die Leistungsfähigen, grossen Höfe gründlich unterstützt, die kleinen Prämien, wenn sie entweder aufgeben oder sich verpflichten, ihre Produktion nicht auf den Markt zu werfen.

Die Abwanderung vom Land soll viel systematischer als schon bisher gefördert werden. Statt 1,7 Millionen, soll es nach 10 Jahren weniger als 1 Million Betriebe geben. Aber Hochmoderne. Sogar Anbaubeschränkungen wie in Amerika soll es geben. ... Und die verstärkte Landflucht wird gefährlich: nicht nur ältere Bauern will man in grosser Anzahl vorzeitig Pensionieren - auch die jungen sollen in andere Berufe. Wer aber wird sie bei steigender Arbeitslosigkeit und angesichts des Heranwachsens einer wahren Armee junger Menschen in Frankreich unterbringen? 1972 sind 40 % der Bevölkerung unter 25 Jahren.

8.10.68 AZ

TOTSCHWEIGETAKTIK:

Während im Mai Rundfunk und Presse über jede Strassendemonstration genauestens berichteten, hört man jetzt vergeblich in den Äther und findet auch in den Tageszeitungen nur verspätet, klein aufgemachte summarische Berichte.

Auch die kommunistische Partei rät jetzt zum Masshalten. In der Sorbonne versuchen stalinistische Funktionäre die Studenten am Aufmarsch zu hindern und ihnen Spruchbänder zu entreissen. Die Linkstudenten rächen sich dadurch, daß sie vor der kommunistischen Parteizentrale "Die KP hat uns verraten" und "Nieder mit der Bürokratie" rufen. Die Kluft zwischen den alten Apparaten und der neuen Jugend scheint unüberbrückbar.

17.10.68 PRESSE:

ARBEITSLOSIGKEIT UNTER DER JUGEND

Waren es Anfang September noch 550.000 und im Juli gar 570.000 so wird die Zahl jetzt nur mehr auf 500.000 geschätzt. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil die Statistik lediglich die Zahl der Arbeitssuchenden registriert und alle, die noch niemals einen Beruf ausübten dabei nicht erfasst

werden.

Die jungen Leute sind in den Fabriken und Büros nicht mehr unterzubringen. Von den 500.000 Arbeitslosen sind 230.000 bis 250.000 unter 24 Jahre alt.

Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung gibt zu denken: Noch 1965 gab es lediglich 650.000 im Alter von 20 Jahren, 1966 waren es bereits 850.000 und jetzt, 1968 - 880.000. Diese Menschenmassen müssen in das Arbeitsleben eingegliedert werden.

...10.000 junge Männer sollen vorzeitig zum Militärdienst eingezogen werden....

Babei wurden immerhin innerhalb zwei Jahren 140.000 neue Arbeitsplätze aus dem Boden gestampft. Immerhin errichtete Frankreich Industrie binnen 10 Jahren fast 6.000 neue Fabriken, davon viele gerade in den letzten 3 Jahren. Das reicht aber nicht aus, angesichts anderer Entwicklung.

Vergangenes Jahr fehlten bereits etwa 150.000 Stellen. Was zuvor noch neu geschaffen worden war, ging durch "ationalisierung, Modernisierung und gerade auch durch den Kampf gegen die Inflation wieder verloren. Die Produktivität in Frankreichs Industrien, also die Leistung pro Arbeitsstunde, ist in den letzten zwei Jahren ganz ausserordentliche gestiegen. Die Franzosen stehen, was Produktionerhöhung betrifft, an der Spitze in Europa.

Das französische Gesetz legt fest, daß Unternehmensleitungen und Betriebsräte vor Entlassungen 3 Fragen prüfen müssen: 1) Wer wurde als letzter neu eingestellt? Er wird als erster wenn nötig entlassen. 2) Wer ist Junggeselle oder hat die geringsten familiären Lasten zu tragen? Er bekommt als allererster den Blauen Brief. 3) Welches sind die am wenigsten qualifizierten Kräfte? Wer ist etwa ungelernt? - ihn trifft es vor den gelernten Mitarbeitern.

29.10.68 AZ

NEOFASCHISTISCHE BOMBENANSCHLÄGE:

Von den Bombenlegern fehlt bis jetzt jede Spur. Doch vermutet man Zusammenhänge mit den Rechtsextremistischen Attentaten, die während des letzten Wochenendes das Pariser Universitätsviertel er-

schütterten. Es begann am Freitag mit einem Überfall eines bewaffneten Sturmtrupps der neofaschistischen Occident auf die linksunabhängige Zeitung "Action". Mehrere Redakteure wurden bei dieser Gelegenheit verletzt, eine junge Frau wurde vom ersten Stock aus dem Fenster geworfen... Einige Stunden später wurde ein Kaffeehaus auf dem Boulevard St-Germain am von unbekannten angezündet... In der Nacht auf Sonntag wurde auf eine linksradikale Buchhandlung in der Nähe der Sorbonne ein Bombenanschlag verübt....

Als Folge davon kam es in Paris zum Wochenende wieder zu grösseren linksunabhängigen Studentendemonstrationen...

5.11.68 AZ

EINE SDP FRANKREICH GEPLANT:

Für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Frankreich hat sich am vergangenen Wochenende der Landesrat der französischen Sozialisten, das zweithöchste Beschlussorgan der französischen Sektion der Sozialistischen Internationale (SFIO), ausgesprochen.

Die künftige Sozialdemokratische Partei, deren Bezeichnung noch nicht feststeht, soll die Nachfolge der "Linksföderation" antreten, die vor drei Jahren vom Politiker Mitterrand gebildet wurde. Der Parteibund "Linksföderation" - zu dem sich aus faktischen Gründen die Sozialisten, die Radikalsozialisten und der Konvent der republikanischen Institutionen zusammengeschlossen hatten - mußte bei der letzten Parlamentswahl eine Niederlage hinnehmen.

21.11.68 AZ

WÄHRUNGSKRISE:

In den letzten Tagen wehrt sich die französische Regierung - so scheint es zumindest - mit Händen und Füßen dagegen, die Währung ihres Landes abzuwerten. Warum ist es überhaupt dazu gekommen?

Die Pariser "Mairevolution" hat unter den französischen Geldleuten große Angst ausgelöst. Sie konnten doch nicht wissen, ob es nicht zu einer echten gesellschaftlichen Umwälzung kommen würde, und sie legten daher vorsorglich ihr Geld

vorsorglich in ausländische Banken, um für den Fall eines Falles dort einen Notpfennig zu haben. Da es sich um die grossen Geldleute handelte, machten diese Notpfennige in der Summe viele Milliarden Franc aus.

Die Streiks und Unruhen führten zu einem ernsten wirtschaftlichen Rückschlag. Die Preise stiegen innerhalb weniger Wochen um 20 bis 30 %, und die Löhne mußten ihnen folgen, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Arbeiter und Angestellten wieder in die Fabriken und Büros zurückzubringen.

Schließlich hat die französische Regierung um der Industrie nach der grossen Streikwelle neuen Auftrieb zu geben, das Vertrauen der Unternehmer zurückzugewinnen und sie zu Investitionen zu veranlassen, großzügige Kredite gewährt. Doch ein Teil der Kredite wurde nicht dem gedachten Zweck zugeführt, im Gegenteil! Flugs wurden die Francs in andere Währungen, vor allem in die deutsche Mark umgetauscht.

3.12.68 AZ

TEUERUNGSWELLE, LOHFORDERUNGEN, STREIKS:

Die Franzosen hatten am Montag eine unangenehme Überraschung: Erhöhung von Benzin und Heizöl um zwei bis drei Centimes je Liter. So stieg Superbenzin von 1,07 auf 1,10 Franc. Der Zeitpunkt wurde erst in letzter Stunde bekanntgegeben, so daß die meisten Autofahrer keine "Hamsterkäufe mehr vornehmen konnten. Ein weiterer Sprung von drei bis fünf Centimes ist für Jänner vorgesehen.

Damit steigt automatisch auch eine Reihe von Lebensmitteln. Hinzukommt die Erhöhung der Warenumsatzsteuer. Ebenfalls am Montag wurde der Mindeststundenlohn um 2,75 % erhöht. Die Lohn-Preisspielerale kommt damit wieder in Bewegung.

3.12.68 PRESSE

STREIKWELLE BEDROHT FRANKREICH:

Während der französische Ministerpräsident Couve de Murville am Montag seine Gespräche mit ~~XXXXXXXXXXXX~~ Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerverbände über die Folgen der zur Sanierung des Franc getroffenen Maßnahmen aufnahm, zeichnet sich die Gefahr einer neuen

Streikwelle im Lande ab. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen haben bereits zu Preissteigerungen geführt, und bereits bei den Arbeitnehmern Protest wegen der Auswirkung auf den Lebensstandard ausgelöst. Couve de Murville will mit seinen Gesprächen versuchen, dem Land Arbeitsunruhen zu ersparen.

Am gleichen Tag haben indessen die 33.000 Arbeiter der in staatlichem Besitz befindlichen Renault-Werke für Donnerstag einen fünfstündigen Streik angekündigt, um damit gegen die Sparmaßnahmen der Regierung zu protestieren. Dies verlautete aus französischen Gewerkschaftskreisen. Weiter begründen die Arbeiter ihren Streik damit, daß die Firma die im Juni beschlossenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu langsam durchführe.

5.12.68 AZ

STREIK BEI RENAULT:

Mit Spannung erwartet Frankreich die heutige halbtägige Arbeitsniederlegung in den Renault-Werken, der erste grössere Streik seit Mai. Man befürchtet eine Ausdehnung auf andere Großbetriebe, und öffentliche Dienste. Eisenbahner, Elektrizitäts- und Gasarbeiter haben bereits Streikaktionen angekündigt.

Betriebsarbeiterdelegationen zogen Mittwoch zum Parlament, um ihre Forderungen vorzubringen. In Nantes streikten und demonstrierten gestern die Werftarbeiter. In Avignon traten wegen Entlassung eines einzigen Wagenfahrers die Strassenbahner in einen unbegrenzten Generalstreik.

6.12.68 AZ

WARNSTREIK BEI RENAULT:

Mit einem fünfstündigen Warnstreik bei Renault protestierten am Donnerstag die Arbeiter gegen die von der Regierung geplanten sozialen Verschlechterungen zur Rettung der Währung. Aber nicht alle 107.000 Arbeiter der Renault werke folgten der Streikparole. Im Werk Billancourt bei Paris, das 30.000 Arbeiter beschäftigt, wurden mehrere Montageketten stillgelegt, andere liefen weiter.

Während die Renault-Arbeiter von Billancourt streikten, versammelten sich vor den Toren der Fabrik eine kleine Zahl von Studenten, um die Aktion der Arbeiter zu unterstützen. In etwa 500 Meter Entfernung hielten sich starke Kräfte der Bereitschaftspolizei in Mannschaftswagen bereit. Eine von den Gewerkschaften geplante öffentliche Kundgebung der Renault-Arbeiter ausserhalb der Fabrik wurde verboten. Die Studenten die Spruchbänder mit sich führten auf denen es hieß: "Das ist erst der Anfang, laßt uns weiterkämpfen!" erhielten von der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation eine schaffe Abfuhr. Als die Studenten der kommunistischen Gewerkschaft eine Solidaritätsaktion anboten, erteilte ihnen die CGT die Antwort, daß die Aktion des Studentenverbandes nur der gaullistischen Regierungspolitik dienlich sein könnte.

14.12.68 AZ

STUDENTEN STREIKEN:

Für die Freilassung der 21 jährigen Studentin Regine Martinez, die seit Montag im Zusammenhang mit dem pariser Bombenattentat als "Zeugin" verhaftet ist, traten Freitag Professoren und Studenten der Fakultät Nanterre bei Paris in den Vorlesungsstreik und besetzten das Universitätsgebäude. Zwei Kilometer weiter wurde schwerbewaffnete Bereitschaftspolizei postiert. Diese neue Bewegung erregt in Frankreich grosses Aufsehen, weil Nanterre "heisser Boden" ist und im Mai Ausgangspunkt der Studentenrevolte war.

Der Streikerlaß wurde in der Nacht auf Freitag in einer Versammlung von Studenten und Professoren mit Beteiligung der nach den Maitagen strafweise gekündigten Rundfunk- und Fernsehjournalisten gefaßt.

20.12.68 AZ

URTEILE GEGEN STUDENTEN:

Neun Führer der Studentenrevolte der Maitage wurden am Mittwoch zu unbedingten Gefängnisstrafen von zwei bis zu vier Jahren verurteilt. Fünf andere erhielten zwei bis vier Jahre auf Bewährung.

2.1.69 PRESSE

WIRTSCHAFT:

Die Produktionszahlen für den Oktober sind bemerkenswert. Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat stieg die industrielle Erzeugung um über 11 %. Die Automobilproduktion schoß sogar um ein volles Viertel in die Höhe. Auch die Ausfuhr war im Oktober ermutigend. Gegenüber dem Wert der Einfuhr gab es einen Überschuß von 2 %. Schon glaubte alle Welt in Paris, man wäre über den Berg - doch der November brachte ein Exportdefizit von 1 Milliarde Franc, das höchste seit 10 Jahren. Dieser Rückschlag entsprach einem Zuviel an Einfuhren gegenüber den Ausfuhren um volle 7 %.

10.1.69 AZ

RENAULT- DEZEMBERSTREIK:

Der Renault-Dezemberstreik war das Werk jugendlicher Arbeiter, zum Großteil gewerkschaftlich unorganisiert, unterstützt von Linksstudenten. Die verbotenen Gruppen Organisationen, Trotzlisten verschiedener Richtungen, Maoisten, Guevaristen, Anarchisten, Situationisten - laut Marcellin verfügt jede Gruppe über 1000 bis 5000 aktive Mitglieder - sind gegger denn je. Sie haben nur ihre Namen und Etiketten etwas geändert.

13.2.69 AZ

PARIS WILL EISENBAHNEN "SANIEREN"!

... Ferner schlägt man vor, die Sondertarife für Kinderreiche Familien, Invalide und Soldaten abzuschaffen und die Zahl der Bediensteten von 323.000 auf 280.000 Personen zu reduzieren. Verschiedene defizitäre Dienste sollen eingestellt und die Frachttarife generell erhöht werden.

8.3.69 AZ

GENERALSTREIK:

24 Stunden Generalstreik am Dienstag, 11. März, ~~xxxxxx~~ so lautet der Beschluß aller Gewerkschaftsführungen zum Protest gegen die Weigerung der Regierung, die versprochenen Lohnverhandlungen einzuleiten.

Die Generalstreikparole wurde von den Gewerkschaftsführungen ausgegeben, nachdem schon seit einigen Tagen in mehreren Großbetrieben eine Reihe

von Streiks begonnen hatte, insbesondere in den Automobilwerken Renault und Peugeot, im Eisenbahn- und im Postbetrieb. Wie im Mai vorigen Jahres ist diese Bewegung wieder spontan und erfolgt gegen die Absicht der Gewerkschaftsführungen, die nachträglich wieder "auf den fahrenden Zug springen". Die auf 24 Stunden begrenzte Streikparole soll die bereits begonnene Massenbewegung stoppen oder zumindest in geordneten Bahnen halten.

Das wird nicht leicht sein. Nur ein relativ kleiner Teil der französischen Arbeitnehmer ist gewerkschaftlich organisiert. Die Streikbewegung wird auch jetzt wieder von gewerkschaftlich unorganisierten und radikalisierten jungen Arbeitnehmern entfesselt.

12.3.59 AZ

GENERALSTREIK MASSENDEMONSTRATION:

Mit einer Massendemonstration auf dem Platz der Republik in Paris erreichte Dienstag nachmittag der 24 stündige Generalstreik in Frankreich einen vorläufigen Höhepunkt. Nach inoffiziellen Schätzungen versammelten sich etwa 100.000 Streikende mit Rufen, wie "Erhöht unsere Löhne", auf dem Platz und formierten sich anschließend zu einem Marsch in der Richtung auf den historischen Platz der Bastille. Wieder herrschte Dienstag für 24 Stunden Weltuntergangsstimmung in ganz Frankreich, vor allem in den Großstädten. Die Wirtschaft war lahmgelegt. Strom- und Gaszufuhren wurden immer wieder unterbrochen. Daher waren nicht nur die staatlichen Unternehmen, sondern auch die meisten Privatbetriebe geschlossen.

Die meisten Eisenbahnen blieben schon Montag abend stehen und sollen sich erst heute Mittwoch wieder in Bewegung setzen. Die städtischen Verkehrsmittel. U-Bahn und Autobusse, blieben zum Großteil in den Garagen. Ämter und Schulen waren geschlossen. Infolge des Druckerstreiks gab es gestern Dienstag keine Abendzeitungen und erscheinen heute Mittwoch keine Notgenzeitungen.

16.4.69 AZ

GEWERKSCHAFTEN BREMSEN - KLEINBÜRGER KÄMPFEN

De Gaulles mutwillig heraufgeschworenem Kampagne verläuft anders als vorgesehen. Man rechnete mit neuen Arbeiterstreiks, um den Kleinbürger aufzuschrecken und zur gaullistischen Stimmabgabe zu veranlassen.

Das Gegenteil ist eingetreten. Die Gewerkschaft-

ten halten sich zurück, um dem Regime keine Vorwände zu liefern. Alle größeren Lohnstreiks und Demonstrationen sind auf den schönen Monat Mai verschoben. Hingegen ist es der Mittelstand - bis jetzt De Gaulles wichtigste Wählerschicht - der sich gerade jetzt im offenen Aufruhr befindet...

Die Revolte der Kleingewerbetreibenden, Handwerker und freie Berufe erreicht heute Mittwoch mit einem "Kampftag" einen Höhepunkt in ganz Frankreich; geschlossene Läden, Verkaufsstreik und Kundgebungen. An mehreren Orten zwischen Lyon und Grenoble wurden Steuerämter gestürmt und einige Tonnen Akten verschleppt, die heute Mittwoch von den erbitterten Demonstranten in die verschiedenen Flüsse des Isere-Departements versenkt werden sollen. Polizeitruppen wurden Strassenschlachten geliefert. Die Revolte ist von Süd- nach Nordfrankreich übergesprungen, wie Premierminister Couve de Murville Montag in Lille feststellen mußte. Polizei mußte zum Schutz des Regierungschefs gegen die aufgebrachten Kleingewerbetreibenden eingesetzt werden.

17.4.69 AZ

FRANKREICH'S GESCHÄFTSLEUTE STREIKEN:

Aus Protest gegen Bestimmungen der französischen Steuer und Sozialgesetze sind Mittwoch in Frankreich zahlreiche Geschäftsinhaber und Kleingewerbetreibende in einen 24stündigen Streik getreten. Außer zahlreichen Geschäften blieben in der französischen Hauptstadt auch Restaurants, Cafes und Tabakläden geschlossen. Trotz der Rücktrittsdrohung General de Gaulles für den Fall einer Niederlage bei der bevorstehenden Volksabstimmung über die Regional und Senatsreform legen noch immer weite Kreise der französischen Bevölkerung eine gleichgültige Haltung zum Referendum an den Tag...

1.5.69 AZ

MAIFEIERN VERBOTEN:

Das Innenministerium in Paris begründete das Verbot öffentlicher Demonstrationen am 1. Mai damit, daß extremistische Gruppen ihre Absicht kundgetan hätten, den Maifeiertag in einen Tag des revolutionären Kampfes in der Republik zu verwandeln. Rund 12 Stunden zuvor hatte der kommunistische CGT

von sich aus den traditionellen Marsch hunderttausender Arbeiter abgesagt, der normalerweise am 1. Mai von der Place de la Bastille zur Place de la Republique im Osten von Paris führt. In diesem Fall lautete die Begründung, daß Gaullisten sich dazu verschworen hätten, bei dieser Demonstration ernste Zwischenfälle zu provozieren.

15.6.69 AZ

WAHL

...Als Favorit gilt...Pompidou...der nach der letzten Meinungsbefragung 58 % der Stimmen erhalten soll.

Für seinen Gegner, den Zentrumspolitiker und amtierenden Staatspräsidenten Alain Poher, errechneten die Meinungsforscher 42 % bei einer angenommenen Wahlbeteiligung von nur 67 %.

Diese geringe Wahlbeteiligung wird keineswegs auf eine allgemeine Wahlmüdigkeit in Frankreich zurückgeführt, sondern in erster Linie auf den Aufruf der kommunistischen Partei, weder für P Pompidou noch Poher zu stimmen.

17.6.69 AZ

POMPIDOU SIEG- WAHLBETEILIGUNG

Der Sonntag für 7 Jahre zum neuen Staatspräsidenten Frankreichs gewählte 58jährige frühere Ministerpräsident Georges Pompidou hat Montag damit begonnen, seine Kabinetsliste aufzustellen. Wie aus seiner Umgebung verlautet, wird Pompidou voraussichtlich den langjährigen Präsidenten der Nationalversammlung, den 54 Jahre alten Gaullisten Jacques Chaban-Delmas zum Ministerpräsidenten berufen.

...Danach wurden gezählt: Eingeschriebene Wahlberechtigte: 29,488.640, abgegebene Stimmen: 20,307.013 (68,86 %), Enthaltungen: 9,181.627 (31,14 %), gültige Stimmen: 19,003.096 (64,44 %), ~~gültige Stimmen~~ ungültige Wahlzettel: 1,303.917 (4,42 %), Stimmen für Pompidou: 11,060.181, ~~für Poher~~ (58,2 % der gültigen Stimmen), für Poher: 7,942.915 (41,8 %).

Pompidou was nun?

Nur 37,6 % der Wahlberechtigten (11 von insgesamt 29,5 Millionen) stimmten für Pompidou, 26,9 % (fast 8 Millionen) für den Kandidaten der Demokratischen Opposition Poher, der als Senatspräsident weiterhin der 2. Mann im Staat bleibt.

und 35,5 % (fast 10,5 Millionen) blieben den Urnen fern oder gaben ungültige Stimmen ab.

5.8.69 AZ

WÄHRUNGSRESERVEN

Die französischen Währungsreserven sind im Juli nur noch um 79 Millionen - 17.742 Millionen Franc - zurückgegangen. Der Kapitalrückfluß aus dem Ausland hielt auch im Juli an, wenn auch in feringerem Maß als im Vormonat.

9.8.69 AZ

FRANC UM 12 % ABGEWERTET

Der französische Ministerrat beschloß Freitag in einer Sondersitzung die Abwertung des Franc um 12 %.

Der neue Goldwert des Franc entspricht danach 0,16 Gramm Feingold.

10.8.69 AZ

DIE ABWERTUNG DES FRANC (Friedrich Scheu)

Um überhaupt Wirkungen zu erzielen, haben Änderungen im Wechselkurs des Geldes und ähnliche Maßnahmen gewöhnlich die Voraussetzung, daß alles sonst beim alten bleibt, daß die Inlandspreise nicht steigen.. Es bleibt aber nicht alles beim alten. Bei einer Aufwertung der D-Mark hätte man wohl die Gehälter und Löhne nicht automatisch herabsetzen können. Wohl aber verlangen die Arbeiter und Angestellten eines Landes, wo die Währung abgewertet wird, eine Gutmachung des Schadens durch Lohnerhöhungen. Aus diesem Grund kann man annehmen daß Frankreich jetzt wirtschaftlich und sozial stürmischen Zeiten entgegengieht.

In diesem Sinn ist also die französische Geldabwertung - die möglicherweise zu ähnlichen Maßnahmen in anderen Ländern fürheren kann - keine Kur der zerrütteten Wirtschaftslage, sondern eher ein Symptom. Jedenfalls ist aber mit dieser französischen Überraschungsaktion die europäische wirtschaftliche und politische Lage unversehens wieder in Fluß geraten.

11.8.69 PRESSE

PREISERHÖHUNG

...Das bedeutet für Frankreichs Lohn- und Gehaltsempfänger, die mehr als 40 % ihres Einkommens für

Genuß- und Nahrungsmittel ausgeben, eine beträchtliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten

DEVISENRESERVEN

Frankreich hat in der zweiten Jahreshälfte 1968 monatliche 500 Millionen Dollar an Devisenreserven verloren, und heuer bereits weitere 200 Millionen Dollar einbebußt.

12.8.69 AZ

ABWERTUNGSZAHL PREISSTOPP

Um die Freitag verkündete Abwertung - es ist die 13. seit dem Ersten und die 8. seit dem 2. Weltkrieg - zu sichern, verkündete die französische Regierung Sonntag einen Preisstopp bis 15. September. Die größte Gewerkschaft, die CGT, hat bereits Lohnverhandlungen gefordert. Der internationale Währungsfond hat die Abwertung, wie zu erwarten war, in vollem Umfang gebilligt.

Trotz des Preisstopps bis 15. September - bis dahin hofft die französische Regierung alle notwendigen Maßnahmen getroffen zu haben - rec nen französische Experten mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Lande um rund 3,5 %. Wenn die Abwertung wirksam sein soll, muß die Regierung verhindern, daß die Unternehmer ihre Preise erhöhen.

Die Gewerkschaften haben bereits vor einem Kaufkraftschwund gewarnt und der Regierung eine stürmische Wiederkehr aus den Ferien angekündigt, für den Fall, daß die Abwertung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gehen sollte.

19.8.69 AZ

KÄMPFE ERWARTET

Die Gewerkschaften erwarten "Gewitter im September". Arbeitsminister Fontanet konnte sie nicht beschwichtigen. Ein Teil der im Vorjahr erreichten Gehalts- und Lohnerhöhungen war schon vor der Frank Abwertung durch die Teuerungswelle annulliert. Nun e erwartet man weitere Preiserhöhungen.

Diesmal wurde der Beschluß nicht "einsam" sondern mindestens zu dritt gefasst - von Staatspräsident Pompidou, dem Premierminister Chaben-Delmas und dem Finanzminister Giscard d'Estaing. Nur 5 hohe Beamte wußten ausser den Ministern davon.

Man erwartet offene Konflikte Anfang September, zu-

S.39 fehlend

S.40 fehlend

17.9.69 AZ

STREIKS: LÖSUNG IN SICHT?

Nach sechs Tagen Eisenbahnerstreik bahnt sich eine Lösung an, die einer Reihe von Arbeiterforderungen - vor allem auf dem Gebiet der Urlaubsregelung - Rechnung trägt. Der Streik ist von den Gewerkschaften aller Richtungen so gut wie lückenlos eingehalten worden.

Dennoch ist die Unzufriedenheit unter den Arbeitnehmern nach wie vor groß. Dienstag streikten die Metrofahrer. Die Hafenarbeiter, die Beschäftigten in der staatlichen Elektrizitäts- und Gasversorgung und der Luftfahrt haben ebenfalls Arbeitsniederlegungen angekündigt.

18.9.69 PRESSE

GEWERKSCHAFTEN WOLLEN STREIK BEENDEN

...Der Eisenbahnerstreik dauerte am Mittwoch noch an, doch haben die 4 großen Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit für heute Donnerstag aufgerufen.

18.9.69 KURIER

STREIK BEENDET

Die 4 großen Gewerkschaften haben gestern Abend die streikenden französischen ~~Arbeiter~~ Eisenbahner zur Beendigung des Ausstandes aufgerufen. Sie stellten fest, daß die grosse Mehrheit des Personals dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung bereits zugestimmt habe. Heute, Donnerstag soll der Zugverkehr wieder normal sein.

18.9.69 AZ

...Die seit einer Woche streikenden Eisenbahner haben indessen das Ergebnis der Verhandlungen nur zum Teil akzeptiert....

21.9.69 AZ

METRO VERKEHRT WIEDER

Nach fast einwöchigem Streik des U-Bahn-Personals ...daß auf allen Linien, bis auf 2 zwei, die Metro wieder verkehrte. Allerdings fahren auf den einzelnen Strecken die Züge in Abständen zwischen 10 und 20 Minuten.

Auch die städtischen Autobusse verkehrten Samstag wieder auf allen Linien, wenn auch unregelmäßig. Zwischen der Direktion der Pariser Verkehrsbetriebe und den Gewerkschaften hatten Freitag

Verhandlungen zu dem Ergebnis geführt, daß die Angestellten der Metro und des Autobusbetriebes künftig 2 Ruhetage nach 6 Arbeitstagen bekommen sollen. Das Ergebnis muß vom Personal noch endgültig gebilligt werden.

23.9.69 PRESSE

SPAR APPELL

Den Weg zu einem industriell starken Frankreich sieht Pompidou privatwirtschaftlich. Er machte die unerwartete Mitteilung... wonach ein Teil des ~~1945~~ Kapitals der 1945 verstaatlichten Renault-Werke in die Hand der Belegschaft geben wird. Diese Teilprivatisierung soll mit einer allgemeinen und gründlichen Förderung des Belegschaftsaktienwesens einhergehen.

Pompidou zeichnete von seinem Land das Bild eines zwischen den Eltkriegen wirtschaftlich unterentwickelten Landes. Damit gelte es im Zuge eines großen Stabilisierungsprogrammes Schluß zu machen. Das erforderliche Kapital müsse durch den Sparwillen der Franzosen aufgebracht werden.

10.10.69 PRESSE

FRANKREICHS REGIERUNG WILL MASHALTEN

Finanzminister Giscard d'Estaing konnte durchsetzen, daß die Staatsausgaben im kommenden Jahr nur mehr um 6,2 % auf 160 Mrd. Franc steigen und damit - seit 10 Jahren zum erstenmal - geringer sind als das Bruttosozialprodukt (plus 8,9 erwartet). Der Staat wird also weniger auf dem Markt nachfragen und somit zur Beruhigung der Konjunktur beitragen. Um die wirtschaftlich Überhitzung zu bremsen wird die Regierung ihre Steuereinnahmen aber um 12 % erhöhen. Dabei rechnet sie auf höhere Einnahmen aus der Mehrwert- und Einkommensteuer dank steigender Umsätze, Löhne und Gehälter...

15.10.69 PRESSE

FRANKREICHS MITTELSTAND PROBTE DEN AUFSTAND

Eine Demonstration Kleingewerbetreibender, die soziale Verbesserungen forderten, veranlaßten die Pariser Polizei zu vehementem Eingreifen. Die Unruhe unter den Studenten ist auf den Mittelstand übersprungen.

24.10.69 AZ

STREIK BEI RENAULT

Ein großer Teil der Arbeiter im Renault-Werk Billancourt

bei Paris ist auf den Appell der CGT und der demokratischen CFDT-Gewerkschaft in einen halbtägigen Streik getreten. Nach Schätzungen der CGT beteiligten sich 13.000 bis 15.000 der insgesamt 25.000 Arbeiter an dem Streik, mit dem die Gewerkschaften ihre Forderungen nach Zahlungen von Monatsgehältern die 40-Stunden-Woche und eine Pensionierung im Alter von 60 Jahren durchsetzen wollen.

28.10.69 PRESSE

RENAULT WERK BESETZT

Die Arbeiter des Renault-Zweigwerkes in Le Mans sind am Montag gewaltsam in ihre Fabrik eingedrungen, um sich der am Montag von der Direktion verfügten "Aussperrung" zu widersetzen. Die Direktion wollte das Werk stilllegen, bis 82 spezialisierte Arbeiter ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen zurückgenommen hätten.

19.11.69 PRESSE

DIE REVOLLUZZER VERLIEREN DEN ANHANG

...Die Revoluzzer suchen aber nach Gelegenheit, die sie für ihre Zwecke nützen können. Die internationale Demonstration für den Frieden in Vietnam bot sich an. Rund 30 Organisationen, darunter auch so salonfähige wie die CGT, die einst christliche CFDT, und die KP, hatten für Samstag zur großen Protestveranstaltung ins Zentrum von Paris gerufen.

Die Regierung untersagte jede Art Demonstration. Die Organisatoren blieben aber bei ihrer Initiative. So nutzte die Regierung solchen Ungehorsam, um einen breit angelegten Schlag gegen "geheime Organisationen links-extremer Gruppen", wie sie nach der Revolte im Juni letzten Jahres für aufgelöst erklärt worden waren, zu führen... und schon trat ein Polizeiaufgebot, wie Paris es seit dem Mai 1968 nicht mehr erlebte in Aktion.

Freitag wurden rund 159 junge Leute in Haft genommen. Vorwurf: Untergundtätigkeit.

Es gab tatsächlich am Samstag wieder Szenen wie im Mai. Die behelzten Polizisten lösten gewaltsam mit Tränengas und Schlagstöcken Demonstrationen auf zu denen sich, je nach Fall, zwischen 100,500 und einmal mehr als 5.000 Menschen zusammengefunden hatten. Die meisten jungen Teilnehmer lagen nachher wieder-

um, wie einst, als Übungsfälle für eigenst eingesetzte Krankenpfleger auf der Strasse... Mehr als 1.200 Menschen wurden zeitweise, wenigstens zur Feststellung der Personalien, festgenommen. Ganze Strassenzüge waren gesperrt, die Kontrollen reichten bis zu Durchsuchung von Autos und Brieffaschen.

20.11.69 PRESSE

PÖLIZEI ALS STREIKBRECHER

Mit einer Aktion, die innerpolitische Konsequenzen nach sich ziehen könnte, hat die französische Bereitschaftspolizei versucht, im Raum von Paris den 24stündigen Streik der Arbeiter in den staatlichen Gas- und Elektrizitätswerken zu brechen. Polizisten drangen in 20 E-Werke ein, die von Anhängern der kommunistisch orientierten CGT besetzt waren, die als einzige Gewerkschaftsorganisation des Landes den Streik ausgerufen hatte.

Nachdem die 20 E-Werke von den streikenden Arbeitern gesäubert waren, erklärte ein Sprecher der Elektrizitätsgesellschaft, der Strombedarf von Paris werde nun zu 55 % gedeckt werden können. Trotzdem blieben bis zum Mittwochabend große Teile der Pariser Innenstadt dunkel. Die meisten Züge der Metro konnten nicht verkehren.

20.11.69 AZ

STREIKS

!!! Die Polizei vertrieb die Arbeiter aus 24 E-Werken in der Pariser Gegend, nachdem sie mit Schneidbrennern und Lastwagen, die sie als Rammböcke benutzt hatten, die Tore gesprengt hatte.

25.11.69 PRESSE

STREIKS, BAUERN DEMONSTRIEREN

..Ihrer Meinung nach vernachlässigt das Kabinett die Interessen der Klein- und Jungbauern besonders in den ärmeren Provinzen. Mit den agrarprotesten beginnt eine neue Woche sozialer Unruhen. Der Großteil der 30.000 Beschäftigten der staatlichen Atomenergiebehörde legt die Arbeit nieder, um gegen die angekündigte Entlassung von 2.600 Forschern und Technikern sowie grundsätzlich gegen die staatliche Arompolitik zu protestieren. Für Dienstag und Mittwoch haben CGT und CFDT einen neuen Streik bei den E- und Gaswerken ausgerufen. Ihre Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit und Anpassung der Löhne an die steigenden Preise.

28.12.69 AZ

TEUERUNGEN

Die Tarife der französischen Eisenbahn werden ab 5.1. 1970 sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr erhöht. Im Personenverkehr wird die Verteuerung 4,5 %, im Güterverkehr etwa 6 % betragen.

14.1.70 PRESSE

KRIEGSSCHULDEN

Frankreich soll seine Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg in der Höhe von 7 Milliarden Dollar, (etwa 179 Milliarden S) an die USA zurückzahlen....

14.1.70 PRESSE

KP GEWERKSCHAFT FÜHRT URABSTIMMUNG DURCH

Die CGT führt heute, Mittwoch, bei den Bediensteten der staatlichen Gas- und Elektrizitätswerke eine Urabstimmung über einen neuen, von der Direktion mit Billigung der Regierung vorgeschlagenen Kollektivvertrag durch. Das Abkommen ist von den anderen Gewerkschaften bereits gebilligt.

Mit dem neuen Vertrag, der Lohnsteigerungen an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bindet, sollen vor allem kurzfristig angesagte Streikaktionen vermieden werden, wie sie im November des Vorjahres durchgeführt worden sind. Die UGT sieht in diesem Vertrag eine Beeinträchtigung des Streikrechtes der Arbeiter; im Abkommen ist bei Kündigung der Vereinbarungen eine dreimonatige Frist vorgesehen, in der die Sozialpartner zu Verhandlungen ohne Kampfmaßnahmen verpflichtet sind.

16.1.70 PRESSE

URABSTIMMUNG

56 % der Arbeiter der staatlichen Gas- und E-Werke sprachen sich bei der Urabstimmung gegen den Kollektivvertrag aus...

30.1.70 PRESSE

STAHL-FUSION

...Die seit Anfang 1966 laufenden Verhandlungen zwischen der Gruppe Schneider und der Gruppe Marine Firminy über die Fusion der S.F.A.C. (Société des forges et ateliers du Creusot S.A.) mit der C.A.F.L. (Compagnie des ateliers de la Loire S.A.) sind in eine definitive Phase getreten. Die Gründung der Stahlgruppe "Creusot-Loire" stellt für die französische

Industrie ein bedeutendes Ereignis dar.

..."Creusot-Loire" hat auf dem Stahlsektor einen Umsatz von 1,3 Milliarden Francs bei einer Produktion von 900.000 Tannen pro Jahr....Schwermaschinensektor...mehr als eine Milliarde Francs pro Jahr...

18.2.70 AZ

JOURNALIST SERVAN SCHREIBER GENERALSEKRETÄR DER RADIKALSOZIALISTEN

...Die französischen Radikalsozialisten waren bisher eine sehr gemäßigte Partei...

...Seine These: Die Revolution steht jedenfalls auf der Tagesordnung. Die Frage ist nur: Durch Gewalt oder durch friedliche Revolution? Wir sind...für Revolution durch Reform.

...Programm: Das Erbrecht für Klein- und Mittelbetriebe soll gewahrt bleiben, nur die großen Produktionsmittel sollen nicht mehr automatisch vererbt werden können...

19.2.70 PRESSE

PARISER EISENBAHNER STREIKEN

Der Streik bei den französischen Eisenbahnen, von der CGT ausgerufen, weitete sich am Mittwoch erheblich aus. Der Vororteverkehr von den großen Pariser Bahnhöfen war nur zu 50 % sichergestellt, auch auf den Fernlinien gab es bereits Störungen. Die CGT hat ihre Mitglieder in zahlreichen Depots aufgefordert, über eine Arbeitsniederlegung abzustimmen. Dadurch könnte sich der Ausstand auf das gesamte Bahnnetz ausdehnen.

20.2.70 PRESSE

PARISER BAHNHOF STILLGELEGT

Der Eisenbahnerstreik in Frankreich hat sich am Donnerstag weiter ausgedehnt. Der Pariser Bahnhof Saint-Lazare, der täglich von 400.000 Fahrgästen bemützt wird, war beinahe völlig lahmgelegt. Die CGT stellte bei den am Donnerstag begonnenen Tarifverhandlungen einige wesentliche Forderungen, denen die Parteiorganisationen CFDT und FO überraschend zustimmten. Sollte es zu einem Abbruch der Verhandlungen kommen, dürften sich die Arbeitskonflikte auch auf andere Wirtschaftszweige ausdehnen. Für diesen Fall hat die CGT einem Sprecher zufolge bereits neue Streikparolen ausgearbeitet.

26.2.70 PRESSE

KONZENTRATION IM EINZELHANDEL (Von neuen Vertriebsformen überrannt)

...Der Kleinhandel hofft auf die Regierung. Bis in die fünfziger Jahre hinein war die Neugründung von Kaufhäusern und Supermärkten gesetzlich beschränkt. Die Kleinen nutzten das: Von 1946 bis 1953 nahm die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte um 100.000 zu. 1954 setzte der Rückschlag ein: bis 1960 mußten 35.000 Läden schließen.... Wenn seit 1960 wieder 28.000 Geschäfte neueröffnet sind, dann vor allem Selbstbedienungsläden, Super- und Verbrauchermärkte.

...Hätten sie eine richtige Buchführung, würden viele der Kleinen erkennen, daß sich ihre Arbeit nicht lohnt. Sie berechnen die Arbeitszeit ihrer Familie viel zu billig.

Die Pariser Regierung weiß das. Vorsichtig versucht sie die Lage zu entschärfen. Sie bereitet einen Gesetzesentwurf vor für die soziale Krankenversicherung der Unabhängigen.. Das wäre ein erster Schritt. Eine spätere Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung auf den kleinen Mittelstand ist nicht auszuschließen, damit würden den Händlern das Ausscheiden aus ihrem Beruf wesentlich erleichtert....

6.3.70 AZ

STUDENTENUNRUHERN (Spiel mit dem Extremismus)

Wieder schwelt das Feuer in Frankreichs Universitäten. Man hört von Streiks, Demonstrationen, Polizeieinsatz, Wurfggsschossen aller Art und Tränengasgranaten.

Das Quartier Latin ist permanent von modern ausgerüsteten Polizeikräften besetzt und überwacht...

In diesen Tagen sit auch die Philosophische Fakultät in Nanterre wieder polizeilich geschlossen worden...

Einen Höhepunkt finden sie nun in bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Maoisten und Parteikommunisten..... Maoisten, die sehr viel unter den jungen Gewerkschaftsfunktionären der CGT werben und die kommunistische Parteiführung immer wieder durch wilde Streiks in heikle Situationen bringen.

Unterdessen sind auch die zahlreichen Linksstudenten, die im Mai 1968 für ein gemeinsames Ideal geeint zu sein schienen, in proarabische und proisraelische Sturmabteilungen zerfallen und marschieren gegeneinander mit Rufen wie "Zionismus ist Faschismus"; oder "Nasser ist ein Faschist". Auch dabei kommt es

nicht nur zu gegenseitigen Beschimpfungen, sondern zu tätlichen Auseinandersetzungen.

Hinzu kommt jetzt nun das Auftauchen neuer rechtsradikaler Studentengruppen. "Frankreich erwache" - "Gegen Marxismus und gegen das Regime: Mit MSI (Italiens Neofaschisten) NPD, spanischer Falange und kroatischer Freiheitsbewegung für ein "Ordre Nouveau". Diese Parolen kann man jetzt wieder im Quartier Latin auf großen Plakaten lesen. Ordre Nouveau - neue Ordnung - das war die Parole der Faschisten der dreißiger und vierziger Jahre.

Die neuen rechtsradikalen Schlägergruppen im Pariser UMi-Viertel sind eine Minderheit, legen aber jetzt bereits eine Unverschämtheit an den Tag, die noch vor einem Jahr unvorstellbar war.

17.3.70 AZ

JOURNALISTEN STREIKEN FÜR MITBESTIMMUNG

Die Journalisten der Pariser Tageszeitungen, der AFP und zahlreiche Rundfunkmitarbeiter traten am Sonntag und Montag in den Streik, um die Fünftagewoche, eine Gehaltserhöhung von 12 % und die Mitbestimmung in Personalfragen durchzusetzen. In Paris erschienen am Montag keine Zeitungen.

28.3.70 AZ

PARISER BRIEFTRÄGER STREIKEN

Die Pariser Briefträger wollen am Samstag in einen 24stündigen Streik treten, um ihrer Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit Nachdruck zu verleihen. Zurzeit arbeiten sie noch 6 Tage in der Woche.

21.4.70 PRESSE

PARIS OHNE BROT

Die Pariser mußten am Montag auf ihr gewohntes Brot verzichten. Die meisten Pariser Bäckereien halten ihre Geschäfte seit Sonntagsmittag geschlossen; mit ihrem Streik protestieren die Bäcker gegen das Verbot der Regierung, die Brotpreise zu erhöhen. Damit sollten Lohnforderungen der Bäckereiarbeiter abgegolten werden. Heute Dienstag will die Müllabfuhr in Streik treten, auch sie fordert mehr Lohn. Für Mittwoch planen etwa 1,5 Millionen Beamte, ihre Arbeit niederzulegen.

WER ZERSTÖRT SOLL ZAHLEN

Wer bei unerlaubten Demonstrationen und daraus

entstehenden Schlägereien Menschen verletzt und Sachschaden verursacht, soll in Frankreich künftig mit hohen Gefängnisstrafen und Schadenersatzleistungen belegt werden. Ein Gesetzentwurf liegt vor, der verschärfte Strafverfolgung vorsieht, falls einzelne oder Gruppen sich gewaltsam Eingang in öffentliche und private Räume verschaffen..... Die Regierung stellt ausdrücklich fest, die bürgerlichen Freiheiten der Versammlung des Streiks und alle Persönlichkeitsrechte würden nicht angetastet.

Die Strafen sind hart:

1) Ein bis fünf Jahre Gefängnis für Chefs und Organisatoren unerlaubter Versammlungen, 3 Monate bis 2 Jahre für Teilnehmer. Für schuldig Befundene müssen für Personen- und Sachschaden aufkommen. Der Richter kann die Höhe der Erstattungssumme begrenzen.

2) Erhöhung der Strafe für gewaltsames, unter Täuschung oder mit Zwang erreichtetes Eindringen in Räumlichkeiten, von heute drei Monaten Gefängnis auf ein Jahr und von 1800 Franc Strafe auf 3000 Franc. Der Gesetzestext wird so geändert, daß davon nicht nur das Eindringen in Wohnungen, sondern auch in öffentliche Gebäude betroffen wird. Werden Gruppen für schuldig erkannt, verdoppeln sich die Strafen.

3) Drei bis fünf Jahre Gefängnis oder 500 bis 10000 Franc Strafe bei Gewaltanwendung gegenüber Richtern, Ministerial- und Polizeibeamten, falls Blutvergiessen, Verletzung oder Krankheit die Golgen sind. Kommt es zu Invalidität, sind 10 bis 20 Jahre Zuchthaus zu verhängen. Todesfolgen bedeutet lebenslängliches Zuchthaus.

4) Wer Menschen einsperrt, gefangenhält (wie dies z.B. wiederholt Universitätsdekanen Passierte), muß bei einer Dauer von mehr als einem Monat mit lebenslangem Zuchthaus, bei weniger als einem Monat mit 10 bis 20 Jahren rechnen. Kommt der Betreffende nach höchstens 5 Tagen frei, gibt es 2 bis 5 Jahre Gefängnis. Gleiche Stragen drohen jenen, die für die Gefangenhaltung Räume zur Verfügung stellen. Die letzten zwei Punkte zielen außer auf Studenten- und links- wie rechtsradikale Krawalle auch auf Bauern- und Kleinhändlerunruhen der letzten Zeit.

25.26. MAI PRESSE

FRANKREICHS SCHNELLE GESUNDUNG

Die Gesundung der französischen Wirtschaft macht

atemberaubend schnelle Fortschritte, die Folgen der Mai-Unruhen 1968 sind fast überwunden. Binnen 8 Monaten verdoppelten sich die Gold- und Devisenreserven von 1,28 Mrd Dollar (August 1968 vor der Abwertung) auf jetzt 2,8 Mrd. Der Franc Kurs im Verhältnis zum Dollar und Mark steigt. Alle kurzfristigen Schulden wurden in diesen Tagen zurückgezahlt....

27.4.70 PRESSE

PARIS FORCIERT SOZIALPOLITIK

Der trennende Graben zwischen Arbeitern und Angestellten wird in Frankreich beseitigt. Gewerkschaften und Arbeitgeber einigten sich jetzt über die Einführung von Monatsgehältern und der Lohnfortzahlung für mehr als 6 Millionen fr. Arbeiter...

Trotz der Einigung über die Monatsgehälter der Arbeiter in der Privatwirtschaft hält die soziale Unruhe in Frankreich an.

28.4.70 PRESSE

PARISER BOULEVARDS SIND VERPESTET

...Seit 8 Tagen streikt die Pariser Müllabfuhr.

20.000 Tonnen Essensreste, Schmutz und Abfälle säumen die Strassen.

3.800 Müllabfuhrmänner fordern mehr Geld. Sie sind die ärmsten Arbeiter von Paris - meist Farbige, vor allem Neger, auch Araber - Sie hausen in verkommenen Massenunterkünften. 1965 wurde ihr Lohn zum letztenmal erhöht. Sie bekommen seither 700 Franc im Monat. Ganze 100 Franc wollen sie nach 5 Jahren mehr. Die Einigung darüber sollte bis heute Dienstag erzielt werden. Seit einigen Tagen sind Soldaten im Einsatz, Rekruten, frisch Einberufene. Sie mußten diesen Sonntag auf den Wochenendurlaub verzichten und den Müll einsammeln. 1.500 Militärangehörige fahren jetzt solche Einsätze, doch bewältigen sie nicht jene 2.000 Tonnen Abfälle, die jeden Tag hinzukommen.

29.4.70 PRESSE

!!! Exporte stiegen in einem Jahr um 38 % Importe nur um 21%, die Franzosen leben nicht mehr über ihre Verhältnisse....

1.5.70 AZ

GESETZ GEGEN DEMONSTRANTEN VERABSCHIEDET

4.5.70 PRESSE

MASSENVERHAFTUNGEN IN PARIS

Zu schweren Zusammenstößen zwischen linksorientierten Demonstranten und der Polizei kam es am Wo-

Wochenende in Paris, als die Jugendlichen gegen das am Donnerstag verabschiedete Demonstrationsgesetz protestierten. Nach Angaben der Polizei wurden mehr als 100 Personen festgenommen. Gegen die Demonstranten wurde Tränengas eingesetzt, nachdem die Menge zuvor die Polizisten mit Steinen Holzstücken und Flaschen beworfen hatte.

11.5.70 PRESSE

GEWALTAKTE BERUHIGEN PARIS

Bombenanschläge und Überfälle auf öffentliche Gebäude Fabriken und Luxusgeschäfte beunruhigen die französische Öffentlichkeit. Allein in der letzten Woche gab es 19 solcher Zwischenfälle, sieben davon am Wochenende. Eine geheimnisvolle Organisation "G.R.2" - "Revolutionäre Gruppe Nummer 2" - treibt besonders in Paris, Grenoble und Lyon ihr Unwesen....

23.24.5.70 PRESSE

PARISER METRO IM STREIK

Mit einem für 24 Stunden befristeten Streik wollten die Angestellten der Pariser Metro am Freitag höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und die Sicherung der Arbeitsplätze erreichen. Mit Armeelastwagen wurde ein Erstattverkehr eingerichtet.

29.5.70 PRESSE

STRASSENSCHLACHT IN PARIS

Einen Tag nach dem Verbot der französischen Linksorganisation "Gauche proletarienne" wurden am Donnerstag die beiden früheren Herausgeber des Zentralorgans dieser Gruppe "La cause du peuple", zu Freiheitsstrafen verurteilt. Wegen des Prozesses war es in der Nacht zum Donnerstag zu schweren Ausschreitungen im Quartier Latin gekommen, wobei mehr als 400 Personen festgenommen wurden. Mehr als 80 Polizisten wurden bei den Strassengefechten verletzt.

Über 100 Verletzte davon 81 Polizeibeamte, über 400 Festnahmen, verbrannte Autos und mutwillig zerstörte Schaufensterscheiben - das ist die Bilanz einer heißen Mainacht im Pariser Studentenviertel wegen eines Prozesses gegen Marxisten. Nach Wochen verhältnismäßiger Ruhe brach in der Nacht zum Donnerstag wieder offene Gewalt aus, aber anders als im Mai 68 standen nicht echte Studentendemonstrationen am Beginn dieser Unruhen, sondern die gezielten Aktionen linksradikaler Gruppen.

Die französische Regierung ist fest entschlossen, hartdurchzugreifen. Die Polizeikonzentrationen im Studentenviertel sind ausserordentlich groß. Man spricht von 10.000 Mann Bereitschaftspolizei. Da Strassendemonstrationen ohnehin seit mehreren Wochen verboten sind, geht die Polizei sofort rigoros gegen alle Ansammlungen vor.

Als erste Antwort auf die Herausforderung der Extremisten hat die Regierung die "proletarische Linke" verboten. Innenminister Marcellin gab im Kabinett bekannt, daß Anhänger dieser "gefährlichsten aller Linksgruppierungen" bis jetzt 82 Attentate und Gewaltakte begangen hätten. Mehr als 30 Anhänger dieser Gruppe wurden bereits in den letzten Wochen zu Gefängnisstrafen verurteilt, weitere 100 warten auf ihr Verfahren, weil sie an Gewalttaten beteiligt waren.

30.5.70 AZ

WIEDER BARRIKADENKAMPF

...Trotz rigorosen Vorgehens der Polizei (Innenminister Marcellin: Wir sind gerüstet), kam es im Pariser Univeritätsviertel zu Strassenkämpfen, in deren Verlauf Barrikaden errichtet, Autos in Brand gesteckt und Banken gestürmt und verwüstet wurden. Demonstranten verschanzten sich in Gebäuden der Universität, die daraufhin von der Polizei mit Tränengas erstürmt wurden.

Hunderte Menschen wurden verhaftet, unter ihnen auch solche, die mit den Demonstranten überhaupt nichts zu tun hatten. Die Erbitterung der Bevölkerung über den Polizeiwillkür ist groß, da unbeteiligte Passanten, Reporter gemäßigter Zeitungen und wehrlose Frauen niedergeknüppelt wurden. Insgesamt wurden bis Freitag abend 937 Personen verhaftet. Viele wurden jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt....